



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 4
Dienstag, 21. Mai 2013
18:05 - 20:42 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 11.06.2013

Vorsitz:	Daniel Schlatter	SP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Hansueli Scheck Andi Kunz	SVP AL
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 33 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Martin Egger Walter Hotz	FDP SVP
Anfang der Sitzung:	Georg Merz Peter Möller Rainer Schmidig Nihat Tektas	OeBS SP EVP FDP
Schluss der Sitzung:	Martin Roost Urs Tanner Nihat Tektas	OeBS SP FDP

TRAKTANDEN

1	VdSR vom 19. Februar 2013: Bericht über die hängigen Motionen und Postulate	Seite 6
2	Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2012 des Stadtrats an den Grossen Stadtrat	Seite 7
3	Motion Urs Tanner vom 6. Dezember 2012: Ausbau Handynetz gesetzlich regeln mit dem Kaskadenmodell	Seite 10
4	Postulat Edgar Zehnder vom 11. Dezember 2012: Parkierungskonzept und Wohnraumentwicklung Breite Stopp	Seite 17
5	Postulat Daniel Preisig vom 24. Januar 2013: Entwicklungs-Strategie für Schaffhausen	Seite 31

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

15.05.2013	Postulat Nihat Tektas: Schaffhauser Stromerzeugung aus einer Hand	
07.05.2013	VdSR Bauabrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau eines Kunstrasens)	GPK
30.04.2013	VdSR Bauabrechnung Sanierung und Erneuerung des Museums zu Allerheiligen	GPK
19.03.2013	Postulat Andi Kunz: Die Neustadt hat mehr verdient als Motorenlärm und Parkplätze	
18.12.2012	VdSR Bauabrechnung Sanierung und Ersatzneubau QDZ Künzle-Heim	GPK
11.12.2012	Zonenplanänderung Nr. 10 - Planungsmassnahmen im Rahmen des Projekts "Zukunft Stadtleben"	FK Bau
04.12.2012	VdSR Bauabrechnung Sanierung Eissportanlagen KSS	GPK
26.11.2012	VdSR Ergänzung zur Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Stadtrates	GPK
20.11.2012	VdSR Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik	SPK
20.11.2012	VdSR Erweiterung Schulanlage Breite	FK Bau
25.09.2012	VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
11.09.2012	VdSR Strukturreform Stadtschulrat Modell Vorsteher+ (Rückweisung an die Fachkommission am 22. Januar 2013)	FK Soziales
17.07.2012	Bericht des Stadtrates zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK
06.03.2012	VdSR Finanzieller Beitrag an das private Projekt FCS Park	GPK

Kleine Anfragen 2013:

- Kleine Anfrage von Katrin Hauser-Lauber (FDP): Ist die Zukunft der Polizeiarbeit in unserer Altstadt rund um die Uhr ohne Mehrkosten für die Stadt gesichert? vom 21. April 2013

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 **Vorlage des Stadtrats vom 19. Februar 2013: Bericht über die hängigen Motionen und Postulate**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 19. Februar 2013 im vereinfachten Verfahren wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrats über die hängigen Motionen und Postulate vom 19. Februar 2013.
2. Weiterzubehandeln sind die Motionen:
 - Thomas Neukomm betreffend Gestaltung des öffentlichen Raums (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Peter Wullschleger betreffend gesunde und attraktive Finanzen (Fristverlängerung bis 31.12.2013)
 - Christian Hablützel betreffend Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll Benken (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Peter Neukomm betreffend Energie- und Klimaschutzkonzept (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Raphaël Rohner betreffend Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2013)
 - Urs Tanner betreffend Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040 (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
3. Weiterzubehandeln sind die Postulate:
 - Peter Neukomm betreffend städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Daniel Preisig betreffend Massnahmen für eine sichere und saubere Altstadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2013)
 - Thomas Hauser betreffend Reglement über die Benützung der Boots- liegeplätze (RSS 430.1) (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Christine Thommen "Für eine energieautarke Stadt Schaffhausen" (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Thomas Hauser betreffend Vergrösserung der Pumpspeichieranlage Engeweiher und/oder Bau einer zweiten Anlage im Eschheimertal (Fristverlängerung bis 31.12.2015)
 - Till Hardmeier betreffend Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
4. Abzuschreiben ist das Postulat Simon Stocker "Velofreundliche Altstadt - ein Gewinn für alle"

Traktandum 2 Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2012 des Stadtrats an den Grossen Stadtrat

Der Grosse Stadtrat heisst den Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2012 des Stadtrats an den Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 33:0 Stimmen gut.

Traktandum 3 Motion Urs Tanner (SP) vom 6. Dezember 2012: Ausbau Handynetze gesetzlich regeln mit dem Kaskadenmodell

Die Motion wird vom Motionär Urs Tanner (SP) begründet, von SR Dr. Raphaël Rohner beantwortet und im Rat diskutiert. Die Motion wird in eine Interpellation umgewandelt.

Traktandum 4 Postulat Edgar Zehnder (SVP) vom 11. Dezember 2012: Parkierungskonzept und Wohnraumentwicklung Breite Stopp

Das Postulat wird vom Postulanten Edgar Zehnder (SVP) begründet, von SR Dr. Raphaël Rohner beantwortet und im Rat diskutiert. Der Postulant reduziert seinen Vorstoss auf die Abschnitte 1 und 2.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 16:15 Stimmen (mit Stichentscheid des Ratspräsidenten) nicht überwiesen.

Traktandum 5 Postulat Daniel Preisig (SVP) vom 24. Januar 2013: Entwicklungs-Strategie für Schaffhausen

Das Postulat wird vom Postulanten Daniel Preisig (SVP) begründet, von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 30:0 Stimmen überwiesen.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Daniel Schlatter (SP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 4 vom 21. Mai 2013 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2012 des Stadtrates an den Grossen Stadtrat
- Jahresrechnung 2012 der Stadt Schaffhausen
- Tätigkeitsbericht 2011/2012 der etawatt
- Jahresbericht 2012 des VJPS, Verein für Jugendfragen, Prävention und Suchthilfe
- GPK-Antrag vom 2. April 2013 auf Behandlung im vereinfachten Verfahren der VdSR vom 19. Februar 2013: Bericht über die hängigen Motionen und Postulate (Traktandum 1 der Ratssitzung vom 21. Mai 2013)
- Kleine Anfrage von Katrin Hauser-Lauber (FDP) vom 21. April 2013: Ist die Zukunft der Polizeiarbeit in unserer Altstadt rund um die Uhr ohne Mehrkosten für die Stadt gesichert?
- Antwort des Stadtrats vom 30. April 2013 auf die Kleine Anfrage von Till Hardmeier (JFSH): Zusammenarbeit bei der VBSH-Linie 8
- Antwort des Stadtrats vom 30. April 2013 auf die Kleine Anfrage von Andi Kunz (AL): Was ist bloss mit dem Geschirrspülmobil und dem Geschirrwagen der Stadt Schaffhausen geworden?
- Antwort des Stadtrats vom 30. April 2013 auf die Kleine Anfrage von Thomas Hauser (FDP): Offizielle Abstellplätze für Motorräder und Roller im Zentrum der Stadt Schaffhausen
- VdSR vom 30. April 2013: Bauabrechnung Sanierung und Erneuerung des Museums zu Allerheiligen. Das Büro schlägt eine Zuweisung zur Vorberatung in die GPK vor. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*
- VdSR vom 7. Mai 2013: Bauabrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau eines Kunstrasens). Das Büro schlägt ebenfalls eine Zuweisung zur Vorberatung in die GPK vor. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*
- Postulat von Nihat Tektas (FDP) vom 15. Mai 2013: Schaffhauser Stromerzeugung aus einer Hand
- Antwort des Stadtrats vom 23. April 2013 auf die Kleine Anfrage von Till Hardmeier (JFSH): Sicherheit in der Altstadt oder ein kleines Paradies für Räuber?

Verhandlungsbereit gemeldetes Geschäft aus der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit:

VdSR vom 11. Dezember 2012: Zonenplanänderung Nr. 10 - Planungsmassnahmen im Rahmen des Projektes "Zukunft Stadtleben"

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 3 vom 2. April 2013 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt zur Einsichtnahme bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch auf. Begehren auf Änderungen sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro mitzuteilen. Das Protokoll gilt somit unter dem Vorbehalt von Art. 32 Abs. 3 und 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats als genehmigt.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt, somit gilt sie als genehmigt.

**Traktandum 1 VdSR vom 19. Februar 2013: Bericht über die hängigen
Motionen und Postulate**

Die GPK schlägt in ihrem Antrag vom 2. April 2013 vor, dieses Geschäft im vereinfachten Verfahren zu behandeln. Es wird kein Widerspruch seitens eines Ratsmitglieds oder eines Mitglieds des Stadtrats eingelegt.

In Anwendung von Art. 34 der Geschäftsordnung stimmt der Grosse Stadtrat der Vorlage des Stadtrats vom 19. Februar 2013: Bericht über die hängigen Motionen und Postulate im vereinfachten Verfahren wie folgt zu:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen und Postulate vom 19. Februar 2013.
2. Weiterzubehandeln sind die Motionen:
 - Thomas Neukomm betreffend Gestaltung des öffentlichen Raums (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Peter Wullschleger betreffend gesunde und attraktive Finanzen (Fristverlängerung bis 31.12.2013)
 - Christian Hablützel betreffend Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll Benken (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Peter Neukomm betreffend Energie- und Klimaschutzkonzept (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Raphaël Rohner betreffend Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2013)
 - Urs Tanner betreffend Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040 (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
3. Weiterzubehandeln sind die Postulate:
 - Peter Neukomm betreffend städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Daniel Preisig betreffend Massnahmen für eine sichere und saubere Altstadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2013)
 - Thomas Hauser betreffend Reglement über die Benützung der Bootsliegeplätze (RSS 430.1) (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Christine Thommen "Für eine energieautarke Stadt Schaffhausen" (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
 - Thomas Hauser betreffend Vergrösserung der Pumpspeichieranlage Engewieher und/oder Bau einer zweiten Anlage im Eschheimetal (Fristverlängerung bis 31.12.2015)
 - Till Hardmeier betreffend Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile (Fristverlängerung bis 31.12.2014)
4. Abzuschreiben ist das Postulat Simon Stocker "Velofreundliche Altstadt - ein Gewinn für alle".

Traktandum 2 Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2012 des Stadtrats an den Grossen Stadtrat

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist somit beschlossen.

Der **1. Vizepräsident, Georg Merz (OeBS)**, verliest den Geschäfts- sowie den Verwaltungsbericht 2012 nach Kapiteln.

Daniel Preisig (SVP)**Votum**

„Ich spreche nicht zu einer einzelnen Seite und bin nicht für Nichteintreten. Zuerst beziehe ich mich auf den Geschäftsbericht (das ist der Bericht mit den vielen Bildern), anschliessend zum Verwaltungsbericht (das ist derjenige mit weniger Bildern, dafür mehr Inhalt).

Zum Geschäftsbericht:

Die Debatte über den Geschäftsbericht verspricht nicht gerade das Spannendste zu werden, was dieser Saal jemals gesehen hat. Aber warum nur? Was wir hier unter dem Titel „Im Dialog“ lesen, ist derart wenig konkret, dass es gar nichts gibt, worüber man sich streiten könnte. Was uns der Stadtrat heute in seinem durchgestylten Geschäftsbericht präsentiert, ist inhaltlich derart weichgespült, dass sich wahrscheinlich restlos alle hier drin – von rechts bis links – damit einverstanden erklären können. Dem Bericht fehlt mit ein paar Ausnahmen jegliche Substanz. Man bleibt lieber auf der Metaebene, flüchtet sich in die Beschreibung von Vorgehensweisen anstatt Klartext zu reden und zu sagen, was man eigentlich will. Was bleibt, sind schöne Bilder, ein perfektes Layout, aber wenig substantielle Information. Kurz gesagt: Viel Marketing, wenig Substanz - eigentlich schade.

Dabei hat diese Stadt wichtige Probleme zu lösen und braucht einen Stadtrat, der vorausgeht und klar sagt, wohin die Reise gehen soll. Es reicht eben nicht, wenn der Stadtrat nur bemüht ist, mit allen „im Dialog“ zu sein. Die Bevölkerung hat Antworten auf brennende Fragen verdient. Soll die Stadt nun die Steuern erhöhen oder nicht? Will der Stadtrat wachsen oder nicht – und wie? Wo liegen die Prioritäten? Leider bleiben die wichtigen Fragen nach wie vor unbeantwortet.

Vielleicht ist es eine Zeitgeisterscheinung, dass heute viele Leute einfach nirgends anecken wollen. In der Zigarettenwerbung heissen diese Leute Maybes: Gemeint sind Unentschlossene, Zögerer und Zauderer - Leute, die sich einfach nie festlegen und immer noch ein Türchen offen halten wollen. Aus Angst vor Kritik bleibt man möglichst unscharf und schwammig. Man will allen gefallen und scheut kontroverse Diskussionen. Auch in der Schaffhauser Politik gibt es viele Maybes. Schliesslich könnten die anderen Parteien öffentlich Kritik üben oder es gibt – in Schaffhausen der Alptraum jedes Exekutivpolitikern – einen bösen Leserbrief in den Schaffhauser Nachrichten.

Aber was nur, wenn wir lauter Politiker haben, die sich nicht getrauen, öffentlich eine eigene Meinung zu haben? Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass dies schlecht für die Demokratie ist, und vor allem auch schlecht für unsere Stadt. Wenn über die wichtigen Fragestellungen nicht mehr debattiert wird, passiert entweder nichts oder es werden hinter verschlossenen Türen intransparente Entscheidungen getroffen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube es ist unsere Pflicht, hier den Mahnfinger zu heben. Auch in der Wirtschaft gibt es viele Maybes in Kaderstellen, und dies praktisch immer deshalb, weil dessen Vorgesetzte entweder selbst auch Maybes sind oder diese Haltung tolerieren. Wir, als Vorgesetzte des Stadtrates, dürfen dies nicht durchgehen lassen.

Ich motiviere deshalb den neu zusammengesetzten Stadtrat in der neuen Zusammensetzung etwas konkreter, etwas mutiger und vielleicht auch etwas bissiger zu werden. Schluss mit Maybes, haben Sie Mut für mehr Profil. Nächstes Jahr erwarten wir einen Geschäftsbericht, der nicht mehr mit Weichspüler, sondern unbequem hart mit Kernseife gewaschen wurde.

Zum Verwaltungsbericht:

Dieser enthält zwar weniger Bilder, ist aber viel informativer. Heute Abend möchte ich jedoch auf das Führen von Detaildiskussionen verzichten und stattdessen beliebt machen, diese Detailfragen im Rahmen der Rechnungsdebatte zu klären. Aus meiner Sicht bietet es sich an, diesen sehr ausführlichen Bericht zusammen mit der Rechnung vertieft zu behandeln. Bericht und Rechnung sind identisch strukturiert und gehören thematisch klar zusammen. Eine gemeinsame Behandlung würde auch erlauben, in der GPK Detailfragen zum Bericht zu stellen, was wir auch tun werden. Ich möchte beliebt machen, dies auch in den Folgejahren von Anfang an so zu traktandieren. “

Till Hardmeier (JFSH)

Votum

”Ich schliesse mich den Ausführungen von Daniel Preisig an, weil ich eher generelle Ausführungen machen möchte und weniger Spezifisches zu einzelnen Seiten.

Zum Geschäftsbericht: Optisch finde ich diesen ansprechend, kurz und prägnant. Ich schätze die pro Bereich gesetzten Schwerpunkte, auch wenn sie nicht unbedingt mit meinen übereinstimmen. Für mich ist es klar eine Rückschau, und die Vorschau besteht eher aus den Legislaturzielen. Hier drängt sich die Frage nach den inhaltlichen Erwartungen auf.

Zum Verwaltungsbericht: Ich finde diesen Bericht zu umfangreich und frage mich, wer diesen von A bis Z durchliest. Wenn nicht wir Parlamentarier, wer denn sonst? Als Beispiel Seite 25/Feuerwehr: Es werden Ziele und Schwerpunkte formuliert; man erfährt dort, dass die Offiziere den praktischen Einsatz des Überdrucklüfters kennen müssen. Der Gruppenführer kann den Überdrucklüfter richtig einsetzen, die Mannschaft kennt die verschiedenen Überdrucklüfter. Ich frage mich, ob diese Information wirklich in den Verwaltungsbericht gehört. Ein weiteres Beispiel auf Seite 55: Ist die Energiewende mit Erdgas möglich? Oder auf Seite 82/83 mit der detaillierten Beschreibung der Serviceleistungen der KSD. Solche Informationen könnten in wenigen Worten oder mit einer Excel-Tabelle illustriert werden.

Hingegen fände ich eine bessere Strukturierung hilfreich und dass nicht jeder Bereich im “Freestyle-System” seinen Bericht redigiert. Zum Beispiel: Als Punkt 1 wird Personelles (Anzahl Mitarbeiter, Eintritte/Austritte) und unter Punkt 2 die Vorstellung des Bereiches mit wichtigen Facts and Figures aufgeführt. Dann würde man sich besser zurechtfinden und könnte einfacher gewisse Kerninformationen nachschlagen. Dies wäre mein Wunsch für die zukünftige Gestaltung der Bereichsberichte.

Allgemeine Bemerkungen:

Im letzten halben Jahr war der Stadtrat mit den Wahlen beschäftigt und gewisse Leute waren nicht mehr ganz so motiviert. Es fanden Wechsel in den Bereichen statt. Dort habe ich von gewissen Stadträten gespürt, was sie gerne verändern würden; vor allem die beiden neuen Stadträte haben dies in den Medien entsprechend kommuniziert. Zum Bereich Wald und Landschaft beispielsweise, der jetzt neu bei Stadtrat Peter Neukomm angegliedert ist, würde mich interessieren, wie es in Zukunft weitergeht oder ob neue Akzente gesetzt werden. Gleiches gilt auch für den Bereich Kultur und Bibliothek von Stadtrat Urs Hunziker. Hier würde ich erwarten, dass über die Medien oder im neuen Geschäftsbericht über Änderungen aufgrund des Wechsels informiert wird.

Wir werden auf den Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2012 eintreten und ihm zustimmen. Viel verändern kann man nicht mehr, der Bericht gehört zur Vergangenheit. “

SR Thomas Feurer**Stellungnahme Stadtpräsident**

”Ich kann mir die Vorbehalte von Daniel Preisig aus seiner Sicht sehr gut vorstellen. Zur Klärung: Der vordere Teil der Berichterstattung - der Geschäftsbericht - richtet sich nicht nur an den Grossen Stadtrat. Er wurde von Anfang an so konzipiert, dass er allen Neuzuzügerinnen und Neuzuzügern und den neu angesiedelten Firmen verteilt werden kann. Der Geschäftsbericht ist das einzige Produkt der Stadt Schaffhausen, in dem wir unsere Stadt auch positiv darstellen möchten. In der Klappe auf der letzten Seite des Geschäftsberichts steckt der Verwaltungsbericht der Stadt Schaffhausen, vor allem auch mit detaillierten Informationen zur Arbeit des Grossen Stadtrats und mit persönlichen Aussagen des jeweiligen Ratspräsidenten zu seinem Präsidialjahr. Damit haben wir einen günstigen Kompromiss gefunden, der Informationen über unsere Wahrnehmung der Stadt Schaffhausen weitergibt, sicher auch mit einem gewissen Marketingcharakter.

Der Stadtrat hat im Zusammenhang mit der Rechnung vor, ähnlich wie von Till Hardmeier in seinen Ausführungen angeregt, gewisse Darstellungen in der Berichterstattung anzupassen. Im Prinzip ist der Geschäftsbericht des Stadtrats eine Fortschreibung des alten Verwaltungsberichts, der unter dem Titel “Geschäftsbericht” lief und eine A5-Broschüre war - insgesamt eine grosse Bleiwüste. Auch im Vergleich mit anderen Städten ist es uns klar, dass wir die Darstellung anpassen könnten. Damals - als das Design verändert wurde - wurde von vielen Räten explizit gewünscht, dass weiterhin ein Verwaltungsbericht mit detaillierten Informationen zu den einzelnen Bereichen - analog demjenigen, der in der hinteren Klappe des jetzigen Geschäftsberichts untergebracht ist - erstellt werden soll. Ich vertrete die Meinung, dass allenfalls auch Benchmarks enthalten sein müssten, das heisst Zahlenmaterial, das auch mit anderen Städten verglichen werden kann. Sollten wir heute Abend Traktandum 5 zur zukünftigen Entwicklungsstrategie für Schaffhausen behandeln, werden Sie sehen, dass ein Zusammenhang zwischen der Entwicklungsstrategie und der Kommunikation darüber besteht, und so treffen wir uns wieder beim gleichen Thema.

Daniel Preisig spricht von den Maybes: Diese sind für uns keine Bienen, die stechen müssen. Die politischen Diskussionen und die Auseinandersetzungen finden an einem anderen Ort statt, beispielsweise hier in diesem Rat und in weiteren Berichterstattungen. Ansonsten kann ich mit Ihren Aussagen leben. Wirklich

erschreckt hat mich allerdings der Vorwurf, wir seien intransparent. Ich möchte an dieser Stelle den Grossen Stadtrat darauf aufmerksam machen, dass Intransparenz gar nicht möglich ist. Wir haben eine Rechnungslegung und ein Budget, das ausführlich mit Ihnen diskutiert wird; es gibt die Geschäftsprüfungskommission, die uns auf die Finger schaut und den Grossen Stadtrat sowie die Medien. Intransparenz ist somit ein Ding der Unmöglichkeit. In diesem Sinne sind wir gut aufgestellt. Lassen Sie uns doch einfach dieses in der Zwischenzeit äusserst günstig produzierte Produkt, mit dem wir - zusammen mit Ihnen - für die Stadt Schaffhausen Werbung machen können. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**Votum**

”Ich habe eine Frage zum Bereich 1, Behörden und Stimmberechtigte. In früheren Jahren wurden an dieser Stelle der Bürgerrat und die dort behandelten Geschäfte aufgeführt. Ich finde aber lediglich hinten im Geschäftsbericht die Zusammensetzung des Gremiums, über die Tätigkeit des Bürgerrats ist im Verwaltungsbericht jedoch nichts aufgeführt. Vielleicht habe ich etwas übersehen oder es ist tatsächlich vergessen gegangen. Es wäre interessant, zu wissen, was damit geschehen ist. “

Stadtpräsident Thomas Feurer wird diesen Hinweis mit dem Stadtschreiber, Christian Schneider, besprechen und zu einem späteren Zeitpunkt informieren.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Geschäfts- und Verwaltungsbericht 2012 des Stadtrats an den Grossen Stadtrat wird in der Schlussabstimmung mit 33:0 Stimmen gut geheissen.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3**Motion Urs Tanner vom 6. Dezember 2012: Ausbau Handynetz gesetzlich regeln mit dem Kaskadenmodell****Urs Tanner (SP)****Begründung**

”Der Vorstoss ist vom 4. Dezember 2012 und an den damaligen Ratspräsidenten des Grossen Stadtrats und heutigen Baureferenten Dr. Raphaël Rohner adressiert, der heute dazu Stellung nehmen wird. Erlauben Sie mir folgende Anmerkungen zu diesem Vorstoss:

Das Schweigen der Lämmer - ein guter Film wie sich ältere Semester sicherlich erinnern können. Das Schweigen des Gesetzgebers zur Mobilfunkantennen dagegen finde ich keine gute Lösung.

Die Idee im Grundsatz ist gestohlen, und ich sage Ihnen auch von wem, nämlich vom Bundesgericht und von Kollege Edgar Zehnder, der im Jahr 2005 einen klugen Vorstoss - und so etwas sage ich nicht zu allen Vorstössen von ihm - einreichte. Wer zur Motion recherchiert hat, muss auf seine Kleine Anfrage vom November 2005 gestossen sein. Seine damalige Frage lautet: Wildwuchs oder koordinierte Standortwahl? Ich lese Ihnen die Fragen und Antworten nicht vor, nur ein kleiner Hinweis: Dass die Natelantennen im Internet nachschaubar sind, wissen wir seit Längerem. Edgar Zehnder fragte, ob ein Nutzungskonzept angebracht wäre, eine Richtung, in die er auch tendiere. Die Antwort des Stadtrats lautet nein. In Frage 5

wollte Edgar Zehnder wissen, ob sich der Stadtrat vorstellen könnte, im Vorfeld gewisse Standorte für mögliche Antennenanlagen zu definieren und das Gespräch frühzeitig mit den betroffenen Anwohnern zu suchen. Edgar Zehnder hat das Kaskadenmodell also bereits vor acht Jahren vorweg genommen. Ich bin gespannt, ob er mich heute unterstützen wird und sich auch noch an die damaligen Aussagen erinnern kann, und davon gehe ich aus. Soviel zum Rückblick in die Geschichte.

Ich werde mich kurz halten: Die Lösung ist simpel, einfach und überzeugend. Was bedeutet das Kaskadenmodell? Neue Standorte für Mobilfunkantennen müssen jeweils zuerst in Industrie- und Gewerbebezonen gesucht werden; in Wohnzonen dürfen Antennen erst dann aufgestellt werden, wenn kein anderer Standort die funktechnischen Bedingungen erfüllt. Sie wissen, dass das kantonale Baugesetz uns als Stadt noch mehr Spielraum lassen würde. Art. 10a des kantonalen Baugesetzes des Kantons Schaffhausen sagt nämlich, dass die Gemeinden in Zonenplänen Gebiete ausscheiden können, in welchen Mobilfunkanlagen grundsätzlich zulässig oder unzulässig sind (Positiv- oder Negativplanung) oder nur der Quartiersversorgung dienen dürfen. Warum die Stadt Schaffhausen weder die Positiv- oder Negativplanung, das heisst den Spielraum des kantonalen Gesetzes übernommen hat, wird uns der Baureferent erläutern. Das Kaskadenmodell erscheint mir ein Kompromiss mit klaren Spielregeln. Die Erteilung von Baubewilligungen von Antennen sind in der Bevölkerung sehr umstrittene Themen. Die Diskussion wird sowohl von Gegnern wie von Befürwortern emotional und aufgrund von nicht allgemein anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnissen kontrovers geführt. Je genauer die Standortwahl durch die Verordnung geregelt wird, umso besser kann man die Bedürfnisse der Anwohner wie auch der Telekommunikationsanbieter austarieren.

Die Stadt Schaffhausen stellt sich auf den Standpunkt, dass die Verankerung des Kaskadenmodells in der kommunalen Bauordnung überflüssig sei, weil Art. 20 bis et ter der kantonalen Bauverordnung bereits alles regle. Ich muss Sie mit diesem Artikel kurz plagen: Was sagt die kantonale Bauverordnung?

- *Art. 20 bis Abs. 1* der Verordnung zum Baugesetz sagt zum Standortnachweis Mobilfunk, dass der gesuchstellende Mobilfunkbetreiber in einem Abdeckungsplan den Suchkreis für einen neuen Standort auszuweisen habe.
- In *Abs. 2* ist wie folgt nachzulesen: Liegt der Suchkreis in einer reinen Wohnzone, Dorfkern oder Altstadtzone als auch in einer weiteren Bauzone, ist für jede Parzelle der weiteren Bauzone der Nachweis zu erbringen, dass der Standort nicht erhältlich ist.
- *Abs. 3*: Liegt der Suchkreis sowohl in einer reinen Wohnzone, Dorfkern oder Altstadtzone als auch in einer Nichtbauzone, ist kein Nachweis zu erbringen.
- Absatz 4 dieses Artikels lasse ich weg, beziehe mich aber wie folgt noch auf Art. 20 ter Abs. 1.
- *Art. 20 ter Abs. 1*: Verlangt die zuständige Baubewilligungsbehörde eine Standortevaluation, hat der gesuchstellende Mobilfunkbetreiber drei Standorte abzuklären.
- *Abs. 2*: Eine Standortevaluation entfällt, wenn ein bestehender Standort genutzt werden kann.

Es tut mir leid, dass ich Ihnen diese grässliche Formulierung vorlesen muss. Wer nicht Jurist ist, versteht nichts; ein Jurist versteht vielleicht 20%.

Diese kantonale Verordnung bildet die Grundlage - und dies hat mir heute der Stadtökologe telefonisch bestätigt - dass das Kaskadenmodell in der Praxis - aufgrund dieser Verordnung - angewendet würde. Aber die kommunale Bauordnung sagt nichts über Mobilfunkantennen und -bewilligungen aus. Ich glaube, dass es der kommunalen Bauordnung und den Gesetzen im Sinne von Klarheit und Verständlichkeit gut anstünde, das Kaskadenmodell aufzunehmen. Art. 20 bis et ter muss man sehr oft durchlesen, bis man ihn effektiv versteht. Kollege Zehnder hat dies in seiner damaligen Kleinen Anfrage bereits angefordert.

Ich gebe gerne zu, dass unser Vorstoss nicht wirklich matchentscheidend ist. Sollte der Rat ihn als überflüssig - weil materiell erfüllt - einstufen, bin ich durchaus bereit, die Motion in eine Interpellation umzuwandeln. "

SR Dr. Raphaël Rohner

Stellungnahme Stadtrat

"Tatsächlich hat die Frage, ob der Vorstoss matchentscheidend ist oder nicht, eine gewisse Berechtigung. Einer von uns wird die Silbermedaille mit nach Hause tragen. Urs Tanner hat bereits detailliert auf die kantonalrechtlichen Grundlagen hingewiesen und Gesetz und Verordnung zitiert. Ich verzichte in der Folge auf eine Wiederholung. Wenn Sie seinen Ausführungen aufmerksam zugehört haben, konnten Sie diesen entnehmen, dass es tatsächlich nicht matchentscheidend ist, ob diese Thematik auch noch im städtischen Recht sanktioniert wird. Es macht keinen Sinn - und dies entspricht auch der Meinung des Stadtrats - wenn kantonales Recht in allen Einzelheiten in der Praxis auch in der Stadt Schaffhausen angewendet wird, wie bereits von Urs Tanner festgestellt und von Stadtökologen Dr. Urs Capaul bestätigt wurde. Trotzdem erlaube ich mir noch einige ergänzende Ausführungen.

Bereits heute haben alle gesuchstellenden Mobilfunkbetreiber dem Stadtrat im Bewilligungsverfahren regelmässig sämtliche zur Beurteilung des Gesuches erforderlichen Unterlagen zukommen zu lassen (wie von Dr. Capaul auch bestätigt wurde). Für Messungen und die richtige Interpretation von Messberichten ist zudem Fachwissen vorausgesetzt. Der Stadtrat zieht deshalb bei jedem Bauvorhaben von Mobilfunkantennen die kommunale NIS-Fachstelle bei. In der Stadt Schaffhausen ist der Stadtökologe, Dr. Urs Capaul, für sämtliche Fragen im Zusammenhang mit NIS zuständig. Die Standortdatenblätter und das Baugesuch als solches werden unter dem Blickwinkel der Stadtökologie überprüft und beurteilt. Aufgabe der städtischen NIS-Fachstelle ist es, die Frage nach zusätzlichen Abstrahlrichtungen zu beantworten. Zudem beurteilt sie die Anlageemissionen an den OMEN (Orte mit empfindlicher Nutzung) und ob sämtliche Anlagen innerhalb des Anlageperimeters berücksichtigt sind. Weiter werden bei Überschreitung von 80% des Anlagengrenzwertes noch zusätzliche Messungen vorgenommen. Es wird in der Praxis sehr sorgfältig mit dem, was das kantonale Recht bis in alle Einzelheiten vorschreibt, umgegangen.

Ferner sind die Standorte für Mobilfunkanlagen nicht beliebig verschiebbar. Mittels Erhöhung der Strahlenstärke könnte der Wirkungskreis einer Mobilfunkanlage vergrössert werden. Dies ist aber nicht in unbeschränktem Mass möglich, da ansonsten die Immission- und Anlagegrenzwerte der NIS-Verordnung überschritten würden. Eine Betreiberfirma ist aber daran interessiert, mit möglichst wenigen Antennen, ein möglichst grosses Gebiet abzudecken. Sie wird den rechtlichen Spielraum bezüglich Leistungsintensität ihrer Anlagen in der Regel ganz ausnützen wollen. Sie hat auch kein Interesse daran, eine Mobilfunkantenne in Wohnzonen zu errichten, wenn ein alternativer Standort möglich ist. Überdies ist anzumerken, dass

auch in den Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungszonen Menschen arbeiten, die Anspruch auf Schutz haben. Insofern ist es nicht richtig, die Mobilfunkanlagen nur in die Industrie- und Gewerbebezonen verbannen zu wollen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die bestehende kantonale Regelung nach Ansicht des Stadtrats die Anliegen der Motionäre bereits genügend berücksichtigt. Der Stadtrat beantragt Ihnen daher, die Motion, gestützt auf obige Ausführungen, nicht erheblich zu erklären. “

Daniel Preisig (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Die SVP/EDU-Fraktion lehnt diesen kontraproduktiven Vorstoss, der Schaffhausen in die mobilfunktechnische Steinzeit zurückkatapultieren will, einstimmig ab.

Das Kaskadenmodell ist ein untauglicher Versuch, die Bevölkerung vor Mobilfunkstrahlung zu schützen, indem Mobilfunkantennen aus den Wohnzonen in Industrie- und Gewerbebezonen verbannt werden. Leider aber deckt sich der Bedarf für die Mobilfunkabdeckung überhaupt nicht mit der raumplanerischen Gebietseinteilung, also unserem Zonenplan. Einfacher gesagt: Die Leute wollen dort schnell und unterbruchsfrei mobil kommunizieren, wo sie sich aufhalten und nicht da, wo niemand wohnt. Deshalb braucht es die Mobilfunkabdeckung in dicht besiedelten Gebieten und nicht in weit entfernten Industriegebieten. Bei der Recherche zu diesem Vorstoss habe ich festgestellt, dass andere Gemeinden das Kaskadenmodell auch diskutiert, schlussendlich aber verworfen haben, und zwar, weil ihr Gemeindegebiet aus grossen zusammenhängenden Wohngebieten besteht. Dies ist aus meiner Sicht für Schaffhausen auch ganz klar zutreffend. Im Klartext: Das Kaskadenmodell macht nur in Gemeinden Sinn, wo Wohn- und Industriezonen sich häufig abwechseln.

Was passiert nun, wenn die Antennen weiter weg aufgestellt werden müssen? Wenn die Funkstation weiter weg ist, dann muss das Mobilgerät mit grösserer Leistung senden, was für Strahlengeplagte ganz klar kontraproduktiv ist. Damit Sie mir das glauben, zitiere ich gern aus unverdächtig Quelle, und zwar aus dem Leitfaden des BAKOM: *Grundsätzlich gilt: Je grösser die Distanz zwischen Basisstation und Nutzenden ist, desto höher muss die Leistung der Sendeanlage ausgelegt werden. Gleichzeitig wird auch das Handy mehr Sendeleistung emittieren und daher den Nutzer stärker mit Mobilfunkstrahlung exponieren. Es wäre deshalb kontraproduktiv, Antennen möglichst ausserhalb des Siedlungsgebiets zu erstellen.* (Ende des Zitats). Wer für weniger Strahlung ist, der votiert für möglichst nahe gelegene Antennen – und in der Konsequenz gegen diesen Vorstoss.

In der heutigen Informationsgesellschaft ist eine moderne und hochqualitative Mobilfunkabdeckung mit hohen Datendurchsatzraten sehr wichtig, auch für einen Standort wie Schaffhausen, der sich als attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort profilieren möchte. Der Mobilfunkmarkt wächst immer noch rasant und ist auch technologisch noch nicht abgeschlossen. Es ist wichtig, dass Swisscom, Orange und Sunrise rasch auf neue Entwicklungen reagieren können. Nach GSM und UMTS kommt LTE (Long Term Evolution) mit Download-Raten, wie Sie sich das von zuhause gewohnt sind. Dieses Netz ist in Aufbau: Swisscom deckt schon 37 Städte und Gemeinden ab, Schaffhausen ist leider noch nicht dabei.

Für unsere Zukunft ist es aus unserer Sicht sehr wichtig, der Aufbau dieser modernen Netze nicht mit unnötigen bürokratischen Vorschriften zu behindern. Man

darf sich nämlich schon fragen, warum sehr kleine Gemeinden wie Giubiasco (Tessin) oder Wengen (BE) bereits über eine Internetversorgung der vierten Generation verfügen, und wir als Kantonshauptstadt nicht. Auf der Netzabdeckungsgrafik der Swisscom ist Schaffhausen ein grosses LTE-Funkloch, in Hemmental (einem sehr wichtigen Ortsteil) gibt es nicht einmal UMTS.

Es liegt auf der Hand, dass solche Zusatzvorschriften wie das Kaskadenmodell den Aufbau neuer Mobilnetze verzögern werden. Zum einen durch die zusätzliche Bürokratie, zum anderen werden Swisscom, Orange und Sunrise ihre Netze zuerst an anderen Standorten ausbauen, wo sie mit weniger Verhinderungspolitik und Bürokratie zu rechnen haben.

Die Konsequenz: Wenn Sie Schaffhausen nicht zur mobilfunktechnischen Provinz machen wollen, dann müssen Sie den Vorstoss ablehnen.

Randbemerkungen:

1. In der schriftlichen Begründung führt Motionär Urs Tanner einen Bundesgerichtsentscheid auf. Demnach darf eine Berner Gemeinde das Kaskadenmodell in ihr Baureglement aufnehmen. Meine Damen und Herren, das heisst aber nicht, dass dies auch sinnvoll ist. Das Gericht hat nämlich – wie das Gerichte im Übrigen immer tun – lediglich entschieden, ob dies mit geltendem und in diesem Fall übergeordnetem Recht vereinbar ist oder nicht. Aus diesem Entscheid eine Empfehlung abzuleiten, wäre falsch. Zu entscheiden, was sinnvoll ist und was nicht, das muss immer noch die Politik, also wir hier in diesem Rat.
2. Ob Mobilfunkstrahlung für die Gesundheit schädlich ist oder nicht, darüber wird schon lange und heftig debattiert. Die Wissenschaft liefert derzeit keine Belege dafür, dass sich die schwachen Signale von Mobilfunkantennen nachteilig auf die Gesundheit auswirken. Sowohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) als auch das Bundesamt für Umwelt (BAFU) und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) bestätigen, dass die bestehenden, sehr strengen Grenzwerte in der Schweiz ausreichenden Schutz bieten – auch für Kinder, Kranke und Senioren. Das Bundesgericht spricht von (Zitat) “psychologischen Auswirkungen” und “ideellen Immissionen”, die auch ernst genommen werden müssen, weil dadurch zum Beispiel Liegenschaften oder Wohnungen schwerer verkäuflich oder vermietbar werden.
3. Für alle, die mir nicht wirklich zuhören oder während der Ratsdebatte lieber im Internet surfen, habe ich einen Internet-Tipp: Gehen Sie mal auf www.funksender.ch. Der Motionär hat diese Internetseite auch angesprochen. Auf dieser Webseite vom BAKOM können Sie – eine anständig schnelle Mobilfunkverbindung in diesen Saal vorausgesetzt – alle Antennenstandorte auf einer Landkarte einsehen. Interessant dabei ist, dass es schon heute vor allem im Altstadtbereich und um den Bahnhof die meisten Standorte gibt, nämlich über 20.

Bei der Recherche zu diesem Thema habe ich festgestellt, dass viele andere Gemeinden vom Kaskadenmodell wegkommen und dafür auf das so genannte Dialogmodell setzen. Das Dialogmodell kommt bereits in den Kantonen Aargau, Bern, Luzern, St. Gallen, Thurgau und Zug zur Anwendung und hat sich bewährt.

Dabei werden die Mobilfunkbetreiber verpflichtet, die Gemeinden frühzeitig darüber zu informieren, wo eine Antenne in Erwägung gezogen wird. Diese können dann alternative Standorte vorschlagen. Dieses Verfahren hat weniger den Verhinderungscharakter, sondern baut auf Dialog auf und ist typisch schweizerisch.

Vielleicht kann sich unser Motionär Urs Tanner überwinden, seinen nicht ganz ausgereiften Vorstoss in eine Interpellation zu verwandeln; dies hat er ja bereits angekündigt. Auf kantonaler Ebene könnte das Dialogmodell in die laufende Revision des Richtplanes aufgenommen werden.

Zusammenfassung:

1. Das Kaskadenmodell passt nicht auf die geographische Struktur unserer Stadt und ist für Schaffhausen mit seinen grossen zusammenhängenden Wohnflächen ungeeignet.
2. Das Kaskadenmodell produziert weit entfernte Antennenstandorte und somit eine höhere Strahlenbelastung - ist also kontraproduktiv.
3. Starre bürokratische Vorschriften behindern die Entwicklung und machen Schaffhausen noch mehr zur mobilfunktechnischen Provinz.

Deshalb lehnt die SVP/EDU-Fraktion den Vorstoss klar ab. “

Nicole Herren (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Nach den detaillierten Ausführungen von Daniel Preisig bleibt nicht mehr viel zu sagen. Es haben vermutlich alle auf den gleichen Internetseiten recherchiert. Die FDP/JFSH-Fraktion ist der Meinung, dass die Motion von Urs Tanner unnötig ist. Der Ausbau des Handynetzes ist bereits hinreichend im kantonalen Baugesetz (Art. 47a) geregelt. Ich habe einen Artikel gefunden, der auch für Laien, Nichtjuristen und für mich sehr verständlich ist und wie folgt lautet: *In reinen Wohnzonen sowie Dorf-, Kern- und Altstadtzonen sind Mobilfunkanlagen nur bewilligungsfähig, wenn kein Standort in einer anderen Zone möglich ist.* Das ist sehr einfach und sehr klar, und es gibt nichts daran zu rütteln.

Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass verschiedene Kantone dem Kaskadenmodell einerseits eine klare Absage erteilt haben (Basel Stadt im Januar 2013) oder aber bereits wieder zum Dialogmodell zurückgekehrt sind. Dies sind unter anderem die Kantone Aargau, Bern, Luzern, St. Gallen, Thurgau, Zug et cetera. Falls tatsächlich in den Wohnzonen eine Antenne aufgestellt werden muss, ist der Mobilfunkbetreiber schon heute verpflichtet, den Nachweis zu erbringen, dass kein alternativer Standort in der Industrie- und Gewerbezone möglich gewesen wäre. Zudem birgt das Kaskadenmodell noch eine andere Gefahr: Wenn nur in Industrie- und Gewerbebezonen gebaut werden darf - wo, wie bereits erwähnt, ja auch Menschen sind - steigt dort die Belastung für diese Leute, und sie sind einer erhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt. Fraglich ist auch, ob die Abdeckung aus den Industrie- und Gewerbebezonen heraus in die übrigen, teilweise stark genutzten Wohngebiete reicht.

Nach dem Motto: “Der am besten geeignete Standort mit so wenig Belastung wie möglich, aber so viel wie nötig” lehnt die FDP/JFSH-Fraktion die Motion einstimmig ab. “

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

"Urs Tanner hat mich aufgrund der Kleinen Anfrage, die ich vor 8 Jahren einreichte, zweimal direkt angesprochen. Ich habe sie im Internet gesehen; heute hat man jederzeit Zugriff zu solchen Dateien. Damals war die Antwort des Stadtrats noch nicht so modern abrufbar wie heute. Aber die Antwort des Stadtrats hat mich überzeugt, dass das Kaskadenmodell vermutlich nicht die beste Lösung darstellt. Ich traue dem Stadtrat zu, dass er die Situation in den Griff bekommt und uns nicht übermässig mit diesem System belastet. Ich hoffe, dass ich nicht darüber abstimmen muss und sage offen, dass mein Herz manchmal für zwei Seiten schlägt. "

Dr. Nathalie Zumstein (OeBS)**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

"Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion steht dem Anliegen, die Auswirkungen von Mobilfunkantennen möglichst zu minimieren, grundsätzlich positiv gegenüber. Selbstverständlich hat man bisher noch keine nachteiligen Auswirkungen der Mobilfunkantennen nachweisen können. Ich als Naturwissenschaftlerin bin aber überzeugt, dass wir wissenschaftliche Methoden finden werden, um eventuelle schädliche Auswirkungen messen zu können. Dies war bereits bei vielen Strahlungen der Fall und kann auch für den zur Diskussion stehenden Bereich noch kommen. Wir müssen trotzdem darauf achten, uns einer möglichst geringen Strahlenbelastung auszusetzen. Aus den folgenden Gründen bezweifeln wir jedoch, dass das vorgeschlagene Kaskadenmodell der richtige Weg dazu ist.

Mit Antennen prioritär in Gewerbe- und Industriezonen kann der Empfang in den Wohngebieten schlechter werden. Um den schwächeren Empfang durch eine weit entfernte Sendeanlage an der Peripherie auszugleichen, muss die Sendeleistung des individuellen Mobiltelefons erhöht werden, und somit steigt die Strahlenbelastung für den individuellen Handy-Nutzer sowie seine unmittelbare Umgebung.

Die mittlere Strahlenbelastung steigt zudem auch in den Gewerbe- und Industriezonen, da es stärkere Sendeanlagen braucht. Davon betroffen sind die Personen, die in diesen Gebieten arbeiten. Summa summarum kann die mittlere Strahlenbelastung mit dem Kaskadenmodell durchaus höher werden. Das Kaskadenmodell kann in einzelnen Gemeinden, wie der in der Begründung erwähnten Gemeinde Urtenen-Schönbühl, sinnvoll sein. Wie der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt in seiner Antwort auf eine gleichlautende Motion feststellt, ist das Modell für Urtenen-Schönbühl geeignet, weil eine Industriezone quer durch das Dorf geht. Wenn die Industrie- und Gewerbebezonen jedoch vor allem am Rand der Stadt liegen, ist eine genügende Abdeckung des Wohngebietes fraglich beziehungsweise nur mit entsprechender Verstärkung der Sendeleistung möglich. Schliesslich ist bereits im kantonalen Baugesetz (Art. 47a) festgehalten, dass Mobilfunkanlagen in reinen Wohnzonen sowie Dorf-, Kern- und Altstadtzonen nur bewilligungsfähig sind, wenn kein Standort in einer anderen Zone möglich ist.

Aufgrund dieser Überlegungen stehen wir der Motion ablehnend gegenüber und befürworten das Dialogmodell. "

Urs Tanner (SP)**Schlusswort**

"Ich habe einmal den Fehler beim Vaterschaftsurlaub gemacht, als ich Ihnen einen Vorstoss unterbreitete, der eigentlich im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, und werde deshalb meine Motion - nach Ihrer liebevollen Aufnahme - in eine Interpellation umwandeln. Die meisten haben Recht. Schade, dass Daniel Preisig

das Kaskadenmodell nicht richtig verstanden hat - aber dies liegt wohl in der Natur seines politischen Ansatzes. Sie wissen, dass die heute vom Stadtrat und vom Städtökologen zur Anwendung kommende Praxis das Kaskadenmodell ist. Ein kleines Geheimnis: Ich hatte in meiner 15-jährigen Politkarriere bisher sehr wenig Einflüsterung und Aufdrängung von Lobbyisten. Auf diesen Vorstoss bekam ich einen Telefonanruf von allen drei grossen Anbietern. Wissen Sie in welche Richtung? Sie hätten sich gefreut, wenn das Kaskadenmodell gekommen wäre, und zwar wegen Art. 10a mit der Positiv- und Negativplanung, was "harte Gesetzgebung" bedeuten könnte. Das Kaskadenmodell ist eigentlich "Pipifax". Wir sind heute durchaus weiter wie damals, als Edgar Zehnder im Jahr 2005 seine Kleine Anfrage einreichte und haben heute über die Thematik diskutieren können. Was die Praxis heute lebt, mit einfacheren oder komplizierteren Formen, erfüllt diese Richtung.

Ich wandle deshalb die Motion mit viel Freude im Sinne des Kaskadenmodells in eine Interpellation um. Besten Dank für das interpellative und interessante Gespräch. "

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Motionär wandelt seine Motion in eine Interpellation um.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4 Postulat Edgar Zehnder vom 11. Dezember 2012: Parkierungskonzept und Wohnraumentwicklung Breite Stopp

Edgar Zehnder (SVP)

Begründung

"Die Stadt Schaffhausen verzeichnet strukturelle Schwächen im soziodemographischen Bereich und bei der Wohnraumentwicklung. Dies schreibt der Stadtrat in seiner Orientierungsvorlage Wohnraumentwicklung Schaffhausen vom 6. Juli 2010. Das Angebot an attraktivem Wohnraum in unserer Stadt hinkt der Nachfrage massiv hinten nach. Als ehemaliger Präsident der Spezialkommission Wohnraumentwicklung möchte ich klar und unmissverständlich erklären, dass ich grundsätzlich hinter dem Vorhaben des Stadtrats stehe und auch alles mir Mögliche unternehmen werde, dass die heutige Situation verbessert werden kann. Ich bin überzeugt, dass die rechtskräftig ausgewiesenen Baulandreserven für Wohnzonen ausreichend vorhanden sind. Referenden gegen den Verkauf des Landes am Hohberg zeigen aber deutlich auf, wie uneinig die Stadtbevölkerung und auch die Politik zur Zeit sind. Es braucht einen neuen Prozess, welcher zuerst alle Ängste der Bevölkerung beseitigen muss, es muss aufgezeigt werden, weshalb alle Quartiere der Stadt einen Beitrag zur Verbesserung der heutigen Situation leisten müssen. Nicht nur im Hohberg, auch beim Wagenareal, der Stahlgiesserei, im Urwerf und eben auch auf der Breite sind grosse Widerstände aus der Bevölkerung entstanden.

Der Stadtrat hatte letztes Jahr alle Zeichen unbeirrt ignoriert, hat sein Kompetenzgehabe vor das Wohl des Volkes gestellt, hat auch dem Rat klar und deutlich zu verstehen gegeben, dass in diversen Belangen der Stadtrat alleine und als einzige Instanz das Sagen hat, und er die anstehenden Projekte unbeirrt umsetzen werde. Dieses Gehabe, welches in einer Demokratie nicht akzeptierbar sein kann, bewegte mich anfangs Dezember, meinen Vorstoss "Stopp beim Parkierungskonzept und der Wohnraumentwicklung auf der Breite" zu deponieren.

Der Zeitpunkt, einen Monat nach den Gesamterneuerungswahlen, wurde so gewählt, dass allen Beteiligten klar sein musste, dass das Postulat nicht als Wahlpropaganda und Schaumschlägerei, sondern als klare Botschaft an den Stadtrat gedacht war, das Tempo und die Legitimitätsfrage der angerissenen Projekte zu überdenken. Der neu zusammengesetzte Stadtrat hat bereits erste Schritte unternommen und hat vorab einen Stopp an diversen Ecken und Enden eingeleitet. Ich danke dem gesamten Stadtrat für das jetzige Verhalten und bin sicher, dass mit dem neu eingeschlagenen Weg eine allseitig befriedigende Lösung in diversen Quartieren erreicht werden kann.

Leider wurde bereits mit dem PASS und diversen runden Tischen vor Jahren ein ähnlicher Prozess einberufen. Man kann aber nicht Projekte über Jahre hinweg schleppen und später ernsthaft glauben, dass alles so machbar wird, wie früher einmal entschieden. Wohnraumentwicklung ist ein komplizierter und empfindlicher Prozess, welcher an die jeweilige Zeit angepasst werden muss, da gewisse Rahmenbedingungen jederzeit ändern können. Deshalb ist es auch wichtig, dass Schritt um Schritt einzelne Phasen erledigt werden und nicht alles miteinander nur auf dem Papier angerissen wird. Die einzelnen Phasen sind jeweils zu erklären, neu zu hinterfragen und angepasst zu verwirklichen, auch wenn nicht immer alles nach Plan umgesetzt werden kann.

Die Stadt beabsichtigt 50'000m² Bauland mit dem Verlegen des Breitstadions freizuschaukeln. Dieses Vorhaben ist der eigentliche Hauptbrocken bei der Wohnraumentwicklungsvorlage, da ohne diese Einheit wichtige finanzielle Überlegungen nicht oder nur ungenügend umgesetzt werden können. Umso wichtiger erscheint mir, dass das Projekt nicht in einer Totgeburt endet, sondern als Hauptmotor die weiteren Projekte beschleunigen und begünstigen kann. Mit meinem Postulat habe ich grundsätzlich ein Hauptanliegen verfolgt und eigentlich bereits erreicht: Der Stadtrat sollte keine weiteren Geldmittel in sinnlose Luftschlösser investieren, bevor nicht klare Zeichen und Grundlagen vorhanden sind, was mit unserem Stadion in Zukunft passieren soll.

Seit Jahren plant Aniello Fontana ein Stadion für den FCS. Endlich durfte er am 22. August 2011 verkünden, dass mit den Bauarbeiten für ein CHF 150 Millionen-Projekt begonnen wurde. Wenigstens wurde damals das Feld frisch abgemäht und ein paar Büsche gerodet, getrieben von der Angst, dass der längst überfällige Baubeginn allenfalls zu einer Sistierung der Baugenehmigung führen könnte. Ein wirklicher Fan auf der FCS Facebook-Seite schrieb dazu kürzlich wie folgt:

Das Projekt FCS-Park ist wirklich der Running gag, die Witznummer schlechthin - unglaublich. Seit gefühlten 100 Jahren ist man an der Planung, sucht einen Investor, dann wird wieder gebaut (mit einer Maschine), anschliessend Stillstand, Neulancierung, darauf folgen Abbruch und neuer Versuch sowie Gespräche mit Mietern, Erfolgsmeldungen, Stillstand. So etwas hat man noch nicht gesehen. Zuletzt hiess es, der 7. Mai 2013 (mir hat man Ende April versprochen) soll Klarheit bringen, wie und ob es weitergeht; soeben erfolgte die Meldung, dass am kommenden Freitag informiert werde. Ich glaube, ich spinne ..."

Soweit zur Berichterstattung auf dieser Seite, die mit ein paar notwendigen Zensuren meinerseits die Situation sehr trefflich, wenn auch nicht gerade hochstehend und abschliessend zu beschreiben vermag. Heute sind wir nach diversen Redimensionierungsversuchen bereits bei CHF 40 Mio. angelangt - ein Betrag, der langsam zur Schaffhauser Normalität zurückführt und unmögliche Träumereien

endgültig beerdigt haben dürfte.

Zweifel habe ich aber auch nach dem 10. Mai 2013, wie ernst und verbindlich die Zusage diesmal sein dürfte. Zum Glück haben wir (und der Stadtrat) nicht bereits alles auf der Breite abgerissen und das Bauland an mögliche Investoren verkauft. Wer weiss nämlich mit Sicherheit behaupten zu können, ob schon bald wieder eine neue Variante verkündet wird. Beim Deponieren meines Vorstosses hatte ich schliesslich noch die Hoffnung, dass bis zum heutigen Tag endlich klar ist, was mit diesem Projekt geschehen soll. Leider wurde auch dieser Zeitpunkt verpasst, und es würde mich nicht wundern, wenn morgen in der Presse wieder bahnbrechende Neuigkeiten verkündet würden.

Die Zeichen sind leider so unklar, dass jeder weitere Franken, der in eine Vorlage, eine Studie oder einen Planungsauftrag investiert wird, als sicher verloren gilt. Ohne definitive Stadionsituation ist dieses Projekt zu stoppen, es sei denn, Stadtrat und Parlament würden die Sache selber in die Hände nehmen. Eigentlich können wir die Angelegenheit bereits heute nicht mehr gutheissen; zu lange wurde vertröstet, verniedlicht und beschwichtigt.

Auch wenn der ehemalige Grossstadtrat und heutige Stadtrat Peter Neukomm die Stadionfrage mit der Lokalität Herblingertal bereits vor Jahren in die heutige unglückliche Lage manövriert hat, sollten wir uns deshalb nicht an Utopien verbeissen, sondern die Sache vielleicht auch selber in die Hand nehmen. Mein Vorstoss soll aber nicht so weit gehen, sondern zeigt in der Begründung lediglich mögliche Stossrichtungen auf, damit wir nicht weiterhin von Dritten als Spielball benützt werden können. Die Situation auf der Breite hat sich in der Zwischenzeit merklich verändert, fordert doch zurzeit auch der Quartierverein Breite, dass das Stadion auf der Breite bleiben soll.

Trotz dieses Anliegens möchte aber auch ich mich nicht in Details verbeissen, sondern fordere den Stadtrat nur dazu auf, alle weiteren Entwicklungsprozesse um die Wohnraumentwicklung und das Parkierungskonzept, nur im Breitequartier, wohlverstanden, zu sistieren, bis in dieser leidigen Frage um das Stadion ein endgültiger Entscheid gefallen ist.

Ob der Stadtrat dabei ewig auf den FCS warten möchte oder die Sache nach Vorschlag Postulat und Quartierverein selber anzupacken gedenkt, soll mit diesem Postulat nicht definiert und auch nicht verlangt werden. Ich werde damit auch dem Anliegen der FDP-Fraktion gerecht und hoffe auf deren Unterstützung. Konkret heisst das, dass der Zusatzteil ab dem 2. Abschnitt meines Postulates zwar als Gedankengang aufgeführt bleiben soll, der Auftrag lautet aber klar, dass der Stadtrat nur das *Parkierungskonzept Breite und die Projekte der Wohnraumentwicklung auf der Breite* stoppen soll, bis die Stadionfrage endgültig gelöst ist.

Gleichwohl bin ich der Meinung, dass die jetzige Vorlage des Stadtrates vom 6. März 2012 "Finanzieller Beitrag an das private Projekt FCS Park" ebenfalls zurückgenommen werden und zum richtigen Zeitpunkt den vorhandenen Gegebenheiten neu angepasst werden sollte.

Auch glaube ich, dass es für die weitere transparente Vorgehensweise des Stadtrats dienlich wäre, wenn in einer neuen Finanzierungsvorlage für ein Stadion auch diejenigen Beträge, die an die Hallenprojekte von Giorgio Behr im Schweizersbild bezahlt und versprochen wurden, aufgeführt würden, damit die beiden Projekte nicht

wieder gegeneinander ausgespielt werden können.

Ich bitte Sie, diese Anpassung meines Postulats als Beweis entgegenzunehmen, dass es mir nicht um Polemik geht, sondern darum, gemeinsam und konstruktiv die Wohnraumentwicklung vorwärts zu bringen können, und zwar ohne Schiffbruch zu erleiden, damit die Bevölkerung und der Rat zukünftig hinter jedem einzelnen Projekt stehen können. Ich bin mir sicher, dass der heutige Stadtrat die Zeit erkannt und uns alle dazu eingeladen hat, an einem neuen Entwicklungsprozess teilzunehmen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung zu Gunsten des Breite-Quartiers und der zukünftigen Wohnraumentwicklung in Schaffhausen. “

SR Dr. Raphaël Rohner

Stellungnahme Stadtrat

”Ich hoffe, Sie sitzen bequem, zumal meine Ausführungen eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werden, denn die Angelegenheit ist komplex und ernst genug. Selbstverständlich werde ich als Bodensee-Schiffer alles daran setzen, dass wir nicht Schiffbruch erleiden.

Grossstadtrat Edgar Zehnder hat in sein Postulat vom 11. Dezember 2012 mit dem Titel “Parkierungskonzept und Wohnraumentwicklung Breite Stopp” drei Themenbereiche in einen parlamentarischen Vorstoss verpackt. Diese stehen mehr oder weniger in einem direkten, mindestens aber in einem indirekten Bezug zueinander. Es geht um

- das vom Stadtrat am 6. November 2012 verabschiedete Parkierungskonzept für das Quartier Breite/Steig,
- das weitere Vorgehen in Bezug auf das Projekt “Zukunft Stadtleben” und der schrittweisen Umsetzung der Orientierungsvorlage des Stadtrates “Wohnraumentwicklung Schaffhausen” vom 6. Juli 2010,
- den Standort eines neuen Stadions für den FC Schaffhausen.

Einleitend sei darauf hingewiesen, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Zu den drei Themenbereichen nimmt er wie folgt Stellung:

1. Zum Parkierungskonzept

Aktuelle Ausgangslage: Die politischen Widerstände im Grossen Stadtrat und in der Öffentlichkeit Ende des vergangenen Jahres sowie die eingegangenen Beschwerden auf die seinerzeit bereits gemeinsam mit den Betroffenen erarbeitete Lösung zur Parkierung auf der Breite/Steig, haben den Stadtrat dazu bewogen, eine Neubeurteilung der Situation vorzunehmen. Der Sicherheitsreferent und der Baureferent haben nach einer genauen Analyse der Fragestellungen und der Prüfung von Lösungsmöglichkeiten am 22. April 2013 zu einer Einigungsverhandlung (runder Tisch) eingeladen. Einigkeit herrschte bezüglich des Kernanliegens, das Quartier vor Pendlerverkehr-Parkierung zu schützen. Auf mehrheitliche Zustimmung sind folgende Regelungsgrundsätze gestossen:

- Die Anwohnerinnen und Anwohner sollen nebst einer Parkierungskarte, die nicht teurer sein wird als die bereits seit Jahren für das Nachtparkieren zu entrichtende Gebühr von monatlich Fr. 35.--, je zwei Gratiskarten erhalten, womit deren Besucherinnen und Besucher sowie Handwerker jederzeit unentgeltlich vor Ort parkieren können.

- Ebenfalls zwei unentgeltliche Karten werden diejenigen Quartierbewohnerinnen und -bewohner erhalten, die keine Karte zum Parken eines eigenen Fahrzeuges auf öffentlichem Grund lösen müssen.
- Zudem sollen alle Anwohnerinnen und Anwohner im Falle des Fehlens von Parkplätzen an der eigenen Wohnstrasse ihr Fahrzeug in Nachbarstrassen oder unentgeltlich auf für Dritte gebührenpflichtigen Parkplätzen in ihrem Quartier abstellen können.
- Für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe, deren Mitarbeitende nachts Schichtarbeit leisten und somit nicht mit dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit kommen können, wird eine noch festzulegende Pauschalgebühr erhoben werden. In diesem Zusammenhang werden auch Regelungen erlassen für öffentliche Betriebe wie Altersheime, deren Mitarbeitende nachts Schichtarbeit zu leisten haben.
- Schliesslich wird die Bewirtschaftung der Parkplätze der KSS geprüft, wobei die Besucherinnen und Besucher der Sport- und Freizeitanlagen der KSS an der Kasse die Gebühr teilweise zurückerstattet erhalten sollen. Damit soll wiederum primär das Parkieren von auswärtigen Pendlern verhindert und die Situation für Besucherinnen und Besucher der KSS nicht erschwert werden.

Unbestritten ist für den Stadtrat in rechtlicher Hinsicht, dass diese Regelung einer gesetzlichen Grundlage bedarf. Er wird daher dem Grossen Stadtrat eine Vorlage zum Erlass einer diesbezüglichen Verordnung unterbreiten. Dieser wird dann den politischen Diskurs über die im Einzelnen konkret vorgesehenen Regelungen inklusive Gebühren und deren Höhe führen können (und nicht heute Abend).

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden:

Am runden Tisch konnte mit den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Anspruchsgruppen und den Beschwerdeführern in den wesentlichen Fragen ein Konsens gefunden werden. Die Ergebnisse dieses Gesprächs bilden nun die Grundlage für eine Vorlage an den Grossen Stadtrat, worin diesem eine referendumsfähige Verordnung zur Parkierung in den Quartieren zur Beratung und Verabschiedung vorgelegt wird. Die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bevölkerung sind damit gewahrt.

Es ist vorgesehen, die Inkraftsetzung der Verordnung vom Stadtrat im Sinne eines Pilotversuchs zuerst im Quartier Breite/Steig und hernach in allen Quartieren vornehmen zu lassen. Zu beachten ist, dass in allen grösseren Schweizer Städten zum Teil bereits seit Jahren Parkplatzregelungen bestehen und grösstenteils anstandslos funktionieren. Der Stadtrat ist zuversichtlich, mit dem von ihm eingeschlagenen Weg eine mehrheitsfähige und von den verschiedenen Anspruchsgruppen mitgetragene Lösung präsentieren zu können.

Das Postulat von Grossstadtrat Edgar Zehnder wird daher in diesem Punkt mit der noch für dieses Jahr geplanten Überweisung der Vorlage an den Grossen Stadtrat erfüllt sein.

2. Zur Wohnraumentwicklung

Aktuelle Ausgangslage: Die Stadt Schaffhausen entwickelt sich gemäss Bevölkerungsstatistik kontinuierlich, was erfreulich ist. So können wir bereits in diesem Jahr bis Ende April ein Wachstum von über 116 Einwohnerinnen und Einwohnern verzeichnen. Der Stadtrat geht davon aus, dass das Bevölkerungswachstum in den nächsten Jahren im Durchschnitt 0.5% bis 1% betragen wird, was als moderat bezeichnet werden kann.

Der Bedarf an Wohnraum für alle Generationen und soziale Schichten ist nach wie vor - so wie im Projekt "Zukunft Stadtleben" ausgewiesen - gross, weswegen mit geeigneten Massnahmen der Wohnungsmarkt dynamisiert werden muss. Nebst der Betreuung privater Projekte und Arealentwicklungen durch das städtische Hochbauamt spielt die Stadt mit ihren Liegenschaften nach wie vor eine nicht unerhebliche Rolle. Der Verkauf oder die Vergabe von Liegenschaften, die strategisch weniger bedeutend sind, ist daher ein wesentliches Element dieser Entwicklung. Diese Feststellung trifft zu, selbst wenn sich erfreulicherweise in Bezug auf die Bebauung von in privatem Eigentum befindlichen Grundstücken an besten Lagen zwischenzeitlich einiges bewegt hat und weiter bewegen wird.

Die Thematik einer Verdichtung - eines inneren Wachstums - im urbanen Bereich beziehungsweise in regionalen Zentren, wozu die Stadt Schaffhausen gehört, ist mit der Annahme der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG) aktueller denn je. Die Gründe sind anlässlich der Diskussion über das zu revidierende RPG einlässlich angeführt worden; es bedarf dies keiner weiteren Ausführungen an dieser Stelle. Auf jeden Fall wird die Stadt Schaffhausen innerhalb unseres Kantons eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der neuen Bestimmungen des RPG zugewiesen erhalten. Der Stadtrat ist bereit, sich diesen Herausforderungen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Kanton, aber unter Wahrung der Interessen der städtischen Bevölkerung, nicht nur einzelner Quartiere, zu stellen.

In diesem Kontext ist denn auch die Frage einer Weiterführung und schrittweisen Umsetzung der Orientierungsvorlage des Stadtrates "Wohnraumentwicklung Schaffhausen" vom 6. Juli 2010 zu sehen. Der Stadtrat ist sich dessen bewusst, dass die Vorbehalte zu der von ihm seinerzeit formulierten - und im Übrigen vom Grossen Stadtrat mit einem Stimmenverhältnis von 30:0 genehmigten Strategie - erheblich sind. Dem gilt es bei den künftigen Entwicklungsschritten und Massnahmenpakten Rechnung zu tragen, ohne dass aber der Fokus des Gesamtinteresses aus den Augen gelassen wird.

Der schonende Umgang mit den schwindenden räumlichen Ressourcen in einem Land, das in der Wahrnehmung von vielen unter uns an die Grenzen seiner baulichen Entwicklung stösst und wo wertvolle Naherholungsräume bedroht sind, ist zu Recht zu einem der Kernanliegen unserer Gesellschaft geworden. Der Stadtrat will mit Umsicht und einem den Ansprüchen der Bevölkerung gerecht werdenden Vorgehen das Vertrauen in seine Entwicklungspolitik zurückgewinnen. Dieses Vorgehen soll die Basis für eine qualitativ überzeugende Wohnraumentwicklung unserer Stadt sein,

- die mutig städtebauliche Impulse setzt,
- neuen Wohnraum auch für gehobene Ansprüche schafft,
- die einen Wohnungsbau auch für junge Familien sowie für Seniorinnen und Senioren mit bescheideneren finanziellen Mitteln fördert,
- die gleichzeitig Frei- und Grünräume in den Quartieren bewahrt und aufwertet.

Diese Strategie entspricht in ihrer Stossrichtung den Intentionen des neuen RPG und wird die Zusammenarbeit mit Kanton und Gemeinden bei dessen Umsetzung in den kommenden Jahren erleichtern, aber auch die Position der Stadt stärken. Mit Spekulation hat dies nicht im entferntesten etwas zu tun.

Es ist für den Stadtrat klar, dass die Bevölkerung einen Anspruch darauf hat, aktiv im Rahmen gut strukturierter, zeitlich begrenzter Mitwirkungsprozesse einbezogen zu

werden, bevor er seine Vorlagen an den Grossen Stadtrat formuliert. Dabei muss ein lösungs- und zielorientierter Diskurs geführt werden.

Folgendes ist in diesem Zusammenhang in Erinnerung zu rufen: Aufgrund der Wichtigkeit dieser öffentlichen Diskussion hat der Stadtrat von Beginn weg das Projekt Zukunft Stadtleben kommunikativ begleitet. Eine öffentliche Veranstaltung im Januar 2012 lud alle Interessierten ein, sich über das Gesamtprojekt zu informieren. Ebenfalls wurden in den Quartieren Emmersberg/Gruben und Breite/Urwerf mehrere Informationsveranstaltungen zu den konkreten Massnahmen in den jeweiligen Stadtteilen durchgeführt. Diese stiessen auf reges Interesse. Die Reaktionen und Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner sind denn auch aufgenommen und in die Entscheidungsfindung des Stadtrates eingearbeitet worden.

In unserer Demokratie ist bekanntlich nur umsetzbar, was von einer Mehrheit getragen wird. Betroffene müssen daher zu Beteiligten gemacht werden. Diesem Grundsatz folgend wird der Stadtrat das weitere Vorgehen bei seiner Wohnraumentwicklungsstrategie modifizieren und

- die Planungs- und Entwicklungsvorlagen an den Grossen Stadtrat in zeitlicher Hinsicht überprüfen,
- zuhanden des Grossen Stadtrates überschaubare Einzelpakete mit klar definierten Absichten schnüren,
- wo nötig - beispielsweise im Quartier Breite ausgehend von den Ergebnissen von PASS - die kritischen Fragen zusammen mit den Anspruchsgruppen noch einmal aufnehmen, klären und im Sinne von Kompromissen Korrekturen vornehmen.

Der Stadtrat hat jedoch bei diesem Vorgehen das übergeordnete öffentliche Interesse der ganzen Stadt und damit aller Quartiere zu berücksichtigen. Die Stadt- und Raumplanung muss zweifellos hohen Qualitätsansprüchen der Bevölkerung gerecht werden. Mit dem Projekt "Zukunft Stadtleben" und seiner weiteren Umsetzung will der Stadtrat dieser Forderung gerecht werden.

Der Stadtrat ist des Weiteren gehalten, künftig in seinen Vorlagen aufzuzeigen, mit welchen geeigneten Massnahmen die nun auch vom revidierten Raumplanungsgesetz geforderte Verdichtung im Sinne einer inneren Entwicklung und eines inneren Wachstums überzeugend und dem Postulat der Nachhaltigkeit entsprechend, umgesetzt werden können.

Abschliessend zu diesem Punkt und im Sinne einer Randanmerkung sei darauf hingewiesen, dass mit der vom Stadtrat geplanten Teilrevision der Bauordnung unter anderem die Ausnützungsziffer bestehender Zonen angemessen erhöht werden soll. Damit kann verhindert werden, dass nur mittels Aufzonungen die von vielen längst geforderte Ausnützung von Grundstücken verbessert wird. Diese Massnahme verhindert die Erhöhung der Geschossigkeit, verbessert aber trotzdem die Attraktivität für private Investoren. Gleichzeitig soll sie Eigentümern bestehender Liegenschaften ermöglichen, einen längst gewünschten Ausbau vorzunehmen, der ihnen bis anhin wegen der ausgeschöpften Ausnützungsziffer verboten war. Der vorhandene Altwohnungsbestand mit teilweiser Übernutzung wird zudem ebenfalls für Investoren attraktiver werden; es werden eine vernünftige Renovation und ein Umbau der Wohnungen möglich sein, womit bezahlbarer Wohnraum für weniger begüterte Personen geschaffen werden kann.

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden:

Der Stadtrat legt grössten Wert darauf, dass Wohnraumentwicklung den unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnissen der Bevölkerung sowie den genannten hohen städtebaulichen Ansprüchen gerecht wird: Wohnen, Arbeit und Freizeit soll auch künftig in unserer Stadt möglich sein. Diese Zielrichtung muss begleitend sein für die Wohnraumpolitik nicht nur der Stadt, sondern auch des Kantons.

Das Grundanliegen des Postulats von Grosstadtrat Edgar Zehnder wird nach Ansicht des Stadtrates von dem hier im Einzelnen dargelegten Vorgehen erfasst. Diesbezüglich erkennt der Stadtrat einen inhaltlichen Konsens.

Nicht richtig, ja geradezu verantwortungslos, wäre es im Hinblick auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Prosperität unserer Stadt und dem Erhalt ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit, wenn wir den Prozess ganz einfach einstellen würden. Wir alle wissen es nur zu gut: Wer sich nicht entwickelt, verpasst den Anschluss und begibt sich mittelfristig in die Abhängigkeit Dritter. Stagnation bedeutet Rückschritt; das kann sich auch die Stadt Schaffhausen nicht leisten.

3. Zum Standort eines neuen Stadions

Aktuelle Ausgangslage: Der Stadtrat hat in den vergangenen Wochen im Sinne einer umfassenden Auslegeordnung und getreu dem Grundsatz "gouverner, c'est prévoir" sämtliche aus seiner Sicht valablen Standorte für ein neues Stadion (maximaler Ausbaustandard: Challenge League) im Rahmen einer Matrix gegenübergestellt und einer ersten, noch nicht abschliessenden Bewertung unterzogen.

Die Matrix unterscheidet im Grundsatz zwischen

- peripheren und zentralen Standorten,
- privater oder öffentlicher Trägerschaft oder private Trägerschaft mit Kostenbeteiligung von Stadt (und Kanton).

Die Auslegeordnung beinhaltet bezogen auf die jeweiligen Varianten die entsprechenden Angaben zu den Kosten, nämlich Investitionskosten sowie Betriebs- und Unterhaltskosten. Berücksichtigt werden dabei ebenfalls mögliche Erträge für die Stadt bei einem allfälligen Verkauf von Grundstücken am bisherigen Standort Breite, sofern ein solcher überhaupt in Frage kommen wird. Ebenso sind die Kosten für allfällige Ersatztrainingsplätze berücksichtigt.

FCS-Präsident Aniello Fontana hat nun anlässlich seines Gesprächs mit dem Stadtrat vom 7. Mai 2013 mitgeteilt, dass er ein neues deutlich redimensioniertes Projekt, das er ohne einen Investor finanzieren könne, realisieren will. Die Zusagen zweier Mieter sollten bis Ende Mai 2013 vorliegen, womit die gesamte Mietfläche vergeben wäre.

Der Stadtrat hat nun nach eingehender Beratung vom 14. Mai 2013 von FCS-Präsident Aniello Fontana schriftlich den Finanzierungsnachweis mit aktualisiertem Businessplan, welcher die Folgekosten aufweist, bis 15. Juni 2013 eingefordert. Der Stadtrat wird mit diesen Unterlagen im Falle eines positiven Entscheides seitens des FCS in der Lage sein, über die finanzielle Beteiligung der Stadt zu beraten und eine Empfehlung zuhanden der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Stadtrates zur Weiterbehandlung der sistierten Vorlage auszuarbeiten. Optional wird auch eine neue Vorlage an den Grossen Stadtrat zu prüfen sein.

Das neue Stadionprojekt wird voraussichtlich erneut ein Baubewilligungsverfahren durchlaufen müssen, was indes gemäss einer ersten Einschätzung kaum Probleme geben sollte. Das Stadion soll mit rund 8'000 Plätzen den Anforderungen der Super League entsprechen.

Der Stadtrat beurteilt das Vorhaben im Vergleich zu früheren Projekten als realistischer und v.a. als innert der von Aniello Fontana vorgesehenen Frist von zwei Jahren umsetzbar.

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden:

Der Stadtrat ist in den vergangenen Monaten trotz der unbefriedigenden Situation wegen der offenen Frage der Realisierung des Stadionprojektes durch Aniello Fontana im Herblingertal nicht untätig geblieben. Eine Diskussion über die Standortfrage würde sich bei einer Realisierung des neuen Projektes FCS Park im Herblingertal erübrigen. Die GPK könnte entweder die von ihr sistierte Vorlage des Stadtrates vom 6. März 2012 "Finanzieller Beitrag an das private Projekt FCS Park" weiterberaten und dem Grossen Stadtrat mit einer Vorlage der GPK, welche das modifizierte Projekt umfasst, zur Beschlussfassung überweisen. Allenfalls wird der Stadtrat indessen eine neue Vorlage bezogen auf das neue Projekt zu erstellen und dem Grossen Stadtrat zu überweisen haben. An den in der ursprünglichen Vorlage vorgesehenen Beiträgen wird er voraussichtlich festhalten; diese entsprechen den Zusagen gegenüber Giorgio Behr bezüglich des Projekts NHTLZ - diese Information beantwortet an dieser Stelle die von Edgar Zehnder gestellte Frage. So oder so wird schliesslich die Stimmbevölkerung der Stadt Schaffhausen im Rahmen des obligatorischen Referendums abschliessend darüber zu entscheiden haben.

Was würde bei einer Realisierung des FCS-Parks im Herblingertal mit den Fussballplätzen auf der Breite geschehen?

Der Verkauf oder ein allfälliges Baurecht der frei werdenden Liegenschaften auf der Breite würde - wie bereits mehrfach betont - nicht von einem Tag auf den anderen erfolgen. Der Grosse Stadtrat hätte in einem ersten Schritt über die vorzunehmenden Umzonungen und in einem zweiten Schritt über den Verkauf beziehungsweise eine Vergabe im Baurecht zu befinden. Dies alles wird beziehungsweise würde erhebliche Zeit in Anspruch nehmen.

Klar ist für den Stadtrat, dass dies alles nur im Hinblick auf eine qualitativ hochstehende bauliche Nutzung unter Wahrung der Frei- und Grünflächen, die zur Attraktivität des Quartiers beitragen, erfolgen könnte. Die Bevölkerung, vertreten durch den Quartierverein, würde dereinst selbstverständlich in der Wettbewerbsjury angemessen vertreten sein.

Was geschieht nun aber im Fall der Fälle, das heisst im Falle einer Nichtrealisierung des redimensionierten FCS Park-Projektes?

Ausgehend von der vom Stadtrat erstellten Auslegeordnung möglicher Varianten würde dieser noch in diesem Jahr zu entscheiden haben, wie er weiter vorgehen will. Dabei wird die Frage der Trägerschaft im Zusammenhang mit einer Finanzierung nebst dem eigentlichen Standort von grösster Bedeutung sein. Die Stadt verfügt nicht über die finanziellen Mittel, um ein Stadion allein zu finanzieren. Es ist im Übrigen auch nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, ohne namhafte Beteiligung der jeweiligen Sportclubs und -vereine beziehungsweise Trägerorganisationen Anlagen für den Spitzensport zu finanzieren, selbst wenn die sportliche Leistung von Spitzenclubs - auch im Fussball - Vorteile für den Standort zeitigen. Anders verhält es sich in Bezug auf den Breitensport.

Im Vordergrund werden daher Lösungen einer privaten Trägerschaft mit einer Kostenbeteiligung der Stadt in dem für den FCS Park vorgesehenen Umfang sein. Die Standortwahl wird zusammen mit dem privaten Träger zu erfolgen haben, wobei den Aspekten der Nutzung vorhandener Verkehrsinfrastruktur und allenfalls schon bestehender Sportinfrastruktur sowie der Zumutbarkeit für die Anwohnerschaft besondere Beachtung zu schenken sein wird. Unbestritten ist, dass die Stadt sich nach wie vor verantwortlich dafür erachtet, Fussball- und Trainingsplätze in ausreichender Anzahl für den Breitensport zur Verfügung zu stellen und diese auch zu finanzieren.

Bei der Standortwahl ist des Weiteren zu berücksichtigen, dass es nicht wie vom Quartierverein Breite vorgeschlagen um ein solches mit 1. Liga-Tauglichkeit handeln muss, sondern um ein solches, das den Anforderungen der Challenge League genügt. Die Swiss Football League fordert in Bezug auf die Stadionkapazität zurzeit 5'000 Sitzplätze, wobei deren 500 gedeckt sein müssen. Die Dimension des Baus wird somit eine ganz andere sein, als es das bestehende Stadion in der Breite vorgibt. Die Belastung für die Anwohnerschaft wird daher auch eine erheblich höhere und andere sein, als es aktuell der Fall ist. Deswegen bedarf die Standortwahl grösster Sorgfalt und den Einbezug der davon in einem Quartier unmittelbar betroffenen Bevölkerung, sofern tatsächlich eine zentrale Lösung realisiert werden sollte. Damit habe ich meine Ausführungen geschlossen, die Diskussion ist jetzt frei. Selbstverständlich werden meine zwei Kollegen, das heisst Sportreferent Urs Hunziker und Sicherheitsreferent Simon Stocker, zu den sie betreffenden Themenfelder Rede und Antwort stehen. "

Thomas Hauser (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Das vorliegende Postulat von Edgar Zehnder hat die FDP/JFSH-Fraktion mehrmals und intensiv beschäftigt, denn einerseits zielt der Vorstoss in die richtige Richtung, aber mit den verschiedenen Forderungen oder Absichtserklärungen ist das Postulat andererseits mehr als ein zweischneidiges oder gar dreischneidiges Schwert mit verschiedenen Katzen, die sich in den Schwanz beißen. Ich hatte vor, dies mit fünf Punkten zu erklären. Aber ich habe nun letzte Woche anlässlich der Sitzung der Baufachkommission mit Edgar Zehnder gesprochen und ihm die Fraktionsmeinung der FDP/JFSH erklärt, und deshalb kann ich jetzt mein Manuskript zur Seite legen.

Wir haben - wie erwähnt - in unserer Fraktion entschieden, dass das Postulat so nicht geht, da es eben mehr als zwei- oder dreischneidig ist. Eine Umwandlung in eine Interpellation bringt ebenfalls nichts, weil wir eine auf Sand gebaute Diskussion führen, die jeglicher Grundlage entbehrt. Was bleibt jetzt übrig, wenn man mit der Stossrichtung des Postulats im Titel grundsätzlich einverstanden ist, aber den Rest nicht möchte?

Ich habe Edgar Zehnder empfohlen, das Postulat wie folgt abzuändern: *Der Stadtrat wird eingeladen, das Parkierungskonzept Breite und die Projekte der Wohnraumentwicklung auf der Breite bis zur Klärung der Stadionfrage zu stoppen.* Der weitere Text des Postulats wird gestrichen. Damit könnte sich die FDP/JFSH-Fraktion einverstanden erklären. Wenn Edgar Zehnder den Postulatstext bis und mit dem 3. Abschnitt bis zu "... *nicht unnötige Steuergelder verschwendet werden.* " belassen möchte, können wir damit auch noch leben. Was wir aber überhaupt nicht akzeptieren können, ist den Grundsatzartikel im 3. Abschnitt, denn dort kommen die "Schwanzbeisser" am laufenden Band: Man soll etwas machen, was den Bedürfnissen der Quartierbewohner entspricht und einen gangbaren Weg

suchen, damit die Sportmöglichkeiten auf der Breite bleiben können. Allenfalls sollen auch die Trainingsplätze auf der Breite bleiben und vielleicht unter der KSS eine Tiefgarage in Betracht gezogen werden. Solche Grundsatzbeschlüsse können wir uns nicht leisten. Vor rund 10 Jahren gab es schon einmal eine Kommission des Grossen Stadtrats, die sich mit dem Stadion befasst hat. Man hatte einen Stadionstandort im Herblingertal und Birch gesucht sowie eine Lösung auf der Breite. Die beste Lösung brachte damals Andy Tenger - eine Superlösung, welche von der Swiss Football League aus sehr fadenscheinigen Gründen verneint wurde. Was damals die Herren Edmond Isoz und Christian Moroge vorgetragen haben, grenzte an eine Frechheit. Es wurde sogar eine Stadionlösung zusammen mit der Gemeinde Neuhausen im Langriet gesucht. Sämtliche Lösungen waren zu teuer, aber das Stadion musste weg von der Breite, um den Stadionneubau mit dem Gewinn aus dem Landverkauf wenigstens teilweise zu finanzieren. Und jetzt? Wenn wir dem geforderten Grundsatzartikel für eine Lösung im Einklang mit dem Quartierverein zustimmen und die Trainingsplätze belassen wollen, ist diese Möglichkeit komplett "im Eimer". Hier beisst sich die Katze erneut in den Schwanz, und dies gleich mehrmals in den nächsten Jahren. Aus diesem Grund sind wir absolut gegen den Grundsatzartikel des Postulats (3. Abschnitt).

Wenn Edgar Zehnder nach "... *Steuergelder verschwendet werden.* " den Rest des Textes streicht, werden wir zustimmen; andererseits stimmen nur die Mitunterzeichner Res Hauser und Till Hardmeier zu. Nur so können wir verhindern, dass uns heute stipulierte Grundsatzentscheide später in eine falsche Richtung festnageln können. "

Martin Jung (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Das Postulat von Edgar Zehnder mutet ein wenig seltsam an. Dies liegt unter anderem daran, dass es bald ein halbes Jahr alt ist. Inzwischen sind die wesentlichen Forderungen des Postulats bereits umgesetzt. Der Baureferent hat angekündigt, dass zum Parkierungskonzept eine Vorlage zuhanden des Grossen Stadtrats ausgearbeitet wird. Zur Wohnraumentwicklung will er sich nochmals mit den Quartierbewohnern verständigen, was ebenfalls mindestens den Grossteil des laufenden Jahres in Anspruch nehmen dürfte.

Das Postulat fordert darüber hinaus, dass alle Planungsmassnahmen gestoppt werden sollen, bis Klarheit über das Projekt FCS-Park besteht. Wenn wir davon ausgehen, dass diese Klarheit nach der Vorstellung des redimensionierten Projekts Anfang dieses Monats besteht, ist auch dieser Teil des Postulats hinfällig. Wer am Schluss der Medienmitteilung aber liest, dass Stadtrat und Investor sich darin einig seien, dass die nötigen Entscheidungen nun baldmöglichst getroffen werden soll, der mag doch nicht ganz an Klarheit glauben. Wann aber haben wir Klarheit? Bei Baubeginn? Die Geschichte des FCS-Park hat auch diese Annahme bereits widerlegt. Haben wir Klarheit also erst, wenn das Stadion eröffnet ist? Und bis dann sollen dem Stadtrat jegliche Planungsmassnahmen verboten werden? Die AL ist bekanntlich nicht mit allem zufrieden, was der Stadtrat und der Grosse Stadtrat in Sachen Wohnraumentwicklung planen. Dennoch begrüssen wir die Absicht der Stadt, eine aktive Wohnraumentwicklung zu betreiben. Wir können uns darüber streiten, wie viel und welche Art von Wohnraum auf der Breite von wem erstellt werden soll; dies können wir aber nur, wenn der Stadtrat nicht auf unbestimmte Zeit ein Planungsverbot auferlegt wird.

Sollte das Projekt FCS-Park irgendwann als definitiv gescheitert erklärt werden, bin

ich sicher, dass die Partei des Postulanten zu den Ersten gehören wird, die aufschreiben, wenn die Kosten des im Postulat vorgeschlagenen stadteigenen Stadions mit Mantelnutzung und Tiefgarage bekannt werden. Edgar Zehnder hat dies zwar heute ein wenig relativiert.

Die AL will, dass die Planung auf der Breite unter der Annahme eines neuen Standorts für das Stadion weitergeführt wird, egal, ob es dann der FCS-Park im Herblingertal oder ein Ersatzprojekt ist. Wir lehnen das Postulat ab. “

Dr. Katrin Bernath

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion hat die Forderungen des Postulates intensiv diskutiert. Wir sind der Meinung, dass die geforderten Aufträge an den Stadtrat nicht notwendig sind, auch weil sich die Situation seit der Einreichung des Postulates teilweise geändert hat. Dies hat auch Edgar Zehnder in seiner Begründung betont. Deshalb schlagen wir dem Postulanten die Umwandlung in eine Interpellation vor. In der Begründung möchte ich auf die drei Punkte eingehen, zu denen das Postulat Forderungen stellt:

1. Parkierungskonzept: Seit das Postulat Anfang Dezember 2012 eingereicht wurde, hat sich die Situation geändert. Der Stadtrat hat weitere Gespräche mit allen Betroffenen geführt und diese laufenden Diskussionen sollen nun nicht gestoppt werden.
2. Wohnraumentwicklung im Breitequartier: Wir unterstützen das Anliegen, dass die weiteren Schritte sorgfältig angegangen werden und Bedenken der Bevölkerung berücksichtigt werden. Es braucht ein etappenweises Vorgehen, und es ist klar, dass der Entscheid zur Stadionfrage abzuwarten ist, bevor auf dem entsprechenden Areal konkrete Planungen vorgenommen werden. Das bedeutet aber nicht, dass nun die gesamte Wohnraumentwicklung gestoppt beziehungsweise die Breite vollständig ausgeklammert werden soll. Der Schwerpunkt der Arbeiten soll aber klar bei den laufenden Projekten des ersten Entwicklungspaketes liegen. Bei den weiteren Schritten auf der Breite ist wichtig, dass sich nicht alles auf die Stadionfrage konzentriert. Es gibt auch noch andere Flächen, wie beispielsweise das Zeughausareal und die Familiengärten. Ein wichtiger Punkt bei den weiteren Schritten ist zudem, dass auch die Zufahrtswege mit einbezogen werden.
3. Standort Sportstadion: Das Postulat stellt Forderungen in Bezug auf den Standort des Stadions. Wir sind der Ansicht, dass es eine neue Auslegeordnung braucht, bei der verschiedene Varianten zu prüfen sind, sobald sich die Situation bei den potenziellen Investoren geklärt hat. Wir gehen mit dem Postulanten einig, dass dabei auch die Variante des Stadions auf dem bestehenden Areal einzubeziehen ist. Unserer Ansicht nach ist jetzt aber nicht der Zeitpunkt für einen Vorentscheid darüber, ob das Stadion, wenn möglich, auf dem alten Areal bestehen bleiben soll oder nicht.

Aufgrund dieser Überlegungen unterstützen wir das Postulat nicht und schlagen, wie schon einleitend gesagt, die Umwandlung in eine Interpellation vor. “

Urs Tanner (SP)

SP/Juso-Fraktionserklärung

”Gerne stelle ich Ihnen die Fraktionserklärung der SP/Juso-Fraktion vor, die sich

nicht gross von der AL und der OeBS unterscheidet. Ich danke Thomas Hauser für die Information zu wirklich allen Stadion-Varianten, welche die damalige Stadion-Kommission unter Leitung eines EVP-Mitglieds aufzeigte. Adenauer sagte einmal: "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern"; übertragen auf den Vorstoss von Edgar Zehnder würde dies "Was interessiert mich die Planung von gestern" heissen. Der Baureferent hat es bereits erwähnt, die VdSR Wohnraumentwicklung vom 6. Juli 2010 wurde mit 30:0 Stimmen angenommen. Es herrscht scheinbar die Tendenz in Schaffhausen, dass Langzeitplanungen gemacht werden, beispielsweise der Parkplatzfrieden aus dem Jahr 1999, die Rheinuferplanung, der Masterplan und die Wohnraumentwicklung. Wir haben mit der Wohnraumentwicklungsvorlage Ja zu einer bestimmten Entwicklung gesagt, nämlich Seite 48: Vorlage an den Grossen Stadtrat "Schulhaus Breite 2011" (hier sind wir zeitlich etwas verspätet), Vorlage an den Grossen Stadtrat "Schiessanlage und Fussballplätze Birch 2013" (dazu haben wir noch nichts erhalten), Vorlage an den Grossen Stadtrat "Aufwertung Breite" (ebenfalls 2013). Ich will mich nicht über die Intention des Vorstosses von Edgar Zehnder lustig machen, sie ist berechtigt. Die Befürchtungen müssen eingebracht werden - aber bitte nicht mit einem Planungsstopp. Wir erhalten entsprechende Vorlagen, beispielsweise die Vorlage betreffend Verkauf Breite-Areal Stadion, der wir in der Orientierungsvorlage Breite zugestimmt haben. Dass wir eher für ein Baurecht sind, ist auch klar. Aber die verschiedenen Anliegen sollen erst dann eingebracht werden, wenn die Detailvorlagen auch vorliegen, wie der Baureferent versprochen hat. Warum sich nun der Stadtrat selbst das Messer in den Rücken rammt und die eigene Orientierungsvorlage stoppen will, habe ich nicht ganz verstanden. Das ist wohl wegen meines Handicaps am Bein.

Ich bitte Sie doch, der Tendenz, Langzeit- und Orientierungsvorlagen zu erarbeiten, die aber zurzeit langsam versandet und nicht umgesetzt wird, Gegensteuer zu bieten. Die von der FDP beantragte Streichung gewisser Textpassagen des Postulats erscheint mir logisch - bevor wir nicht wissen, ob das neue Stadion überhaupt gebaut wird, kommt sowieso keine Vorlage "Verkauf Breite-Areal Stadion" in den Grossen Stadtrat. Dies versteht sich doch implizit von selbst. Sollten wir es bis Ende Mai 2013 nicht wissen, machen wir Nägel mit Köpfen, wir sind schliesslich das Parlament. "

Edgar Zehnder (SVP)

Votum

"Es wäre schön, wenn Urs Tanner auch mehr als 20% von dem verstehen würde, über was hier im Saal gesprochen wird. Dann hätten wir es einfacher. Der Stadtrat hat es eindrücklich erklärt und aufgezeigt; ich habe mich konstruktiv an die Wünsche angepasst und die geäusserten "Schwanzbeissereien" hinterfragt. Mein Postulat enthält verschiedene Gedankenanstösse, die ich aber nicht als Forderungen dargestellt habe, sondern als Themen, die wiederaufgenommen werden sollen. Aus allen heute Abend vorgetragenen Voten habe ich entnommen, dass es nicht sinnvoll erscheint, weiter zu planen, solange wir keine Klarheit betreffend Stadion haben. Nur dies war der Grundsatz meines Vorstosses. Es ist doch nichts als normal, wenn man zum heutigen Zeitpunkt - bis nicht der Stadionentscheid gefallen ist - zurückhaltend mit Geldausgeben ist, in sich geht und nicht weiter über das Zeughaus und die Rasenplätze et cetera spricht. Ich habe nichts dagegen, wenn der Stadtrat sich zu verschiedenen Szenarien Gedanken macht, deren Chancen leider immer noch bestehen und nicht vom Tisch sind. Es interessiert mich nicht, ob mein Vorstoss ein Postulat oder eine Interpellation ist; wichtig für mich ist das Bekenntnis des Stadtrats von heute Abend. Er hat erkannt - und auch die rechte Seite, vermutlich auch die

Mitte - worum es grundsätzlich geht. Ich wäre froh, wenn wir Absatz 1 und Absatz 2 des Postulats, die ja unbestritten sind, belassen könnten, wie ich dies auch Thomas Hauser vorgeschlagen habe. Unter einem Stopp verstehe ich nicht "Hände gebunden", und dies weiss der Baureferent, der sehr subtil und clever agiert. Ich zähle auf die Unterstützung der FDP. Wir sollten schon auf die Einwände des Quartiervereins hören, und ich weiss jetzt nicht, wie dieser reagiert, wenn er das Resultat des heutigen Abends erfährt. Wenn der Grosse Stadtrat bereit ist, hier ein kleines "Gleich" zu tun, wird vermutlich weniger Opposition kommen. "

SR Dr. Raphaël Rohner

Stellungnahme Stadtrat

"Ich bitte Urs Tanner um Aufmerksamkeit, weil ich ihm gegenüber eine Klärung anbringen möchte. Wahrscheinlich hat er mich missverstanden. Wir wollen nicht, was in der Orientierungsvorlage seinerzeit im Grundsatz beschlossen wurde, stoppen, sondern mit Augenmass Schritt für Schritt realisieren und dort, wo es nötig ist, die Bevölkerung nochmals einbeziehen. Es sollen überschaubare Pakete geschnürt werden, wir wollen keine Prozesse mehr, die über Jahren laufen und wo man sich nicht mehr auf die Mehrheiten beziehen kann, die man einmal hatte. Das weitere Vorgehen soll "step by step" stattfinden, und somit hätte auch ich meine Ausführungen geschlossen. "

Peter Möller (SP)

Votum

"Ich möchte folgende Frage an den Postulanten richten, und zwar im Zusammenhang mit seiner Aussage, Stopp sei doch nicht Stopp. Hier fehlt mir die Klarheit zu seinem Postulatstext, die Projekte der Wohnraumentwicklung auf dem Breite-Areal seien sofort zu stoppen, und alle Planungsmassnahmen in diesem Zusammenhang sollen ebenfalls eingefroren werden. Was ist darunter zu verstehen? Das heisst, es darf folglich nichts mehr in diesem Zusammenhang geplant werden und welche Wohnraumentwicklungsprojekte sind gemeint? Sind es nur diejenigen in Zusammenhang mit dem Sportstadion, auf die in Abschnitt 3, welcher das Grundbekenntnis des Postulanten enthält, Bezug genommen wird und der jetzt aber gestrichen wurde? Ich habe Bedenken, dass wir mit einer Überweisung des Postulats die Katze im Sack kaufen. "

Edgar Zehnder (SVP)

Votum

"Ich nehme Bezug auf diejenigen Projekte, die im Zusammenhang mit der Wohnraumentwicklung auf der Breite am Laufen sind, und zwar beispielsweise bezüglich der in der Steuerungsgruppe diskutierten Kredite, die jetzt freizugeben wären, um weitere Planungsmassnahmen in diesem Gebiet (beispielsweise Modelle der allenfalls geplanten Wohnbauten) zu beauftragen. Solche Ausgaben sollten bis nicht Klarheit zur Stadionsfrage herrscht, gestoppt werden, um nicht unnötig Geld zu verschwenden. Ich hoffe, dass damit die gestellte Frage klar beantwortet ist. Die Steuerungsgruppe soll ihre sonstige Arbeit aber weiterführen. "

Der **Ratspräsident, Daniel Schlatter (SP)**, verliest den angepassten Postulatstext wie folgt:

1. Der Stadtrat wird eingeladen, das Parkierungskonzept Breite und die Projekte der Wohnraumentwicklung auf dem Breiteareal zu stoppen.
2. Das Vorhaben soll erst nach Klarheit der Stadionfrage wieder als Gesamtlösung betrachtet fortgeführt werden. Es sollen alle Planungs- und

Werbemassnahmen in diesem Zusammenhang ebenfalls eingefroren werden, damit nicht unnötige Steuergelder verschwendet werden.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in seiner angepassten Formulierung mit 16:15 Stimmen, mit Stichentscheid des Präsidenten, nicht überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 5 Postulat Daniel Preisig vom 24. Januar 2013: Entwicklungs-Strategie für Schaffhausen

Daniel Preisig (SVP)

Begründung

„Die Schweiz wächst. Die wirtschaftliche Attraktivität und die Personenfreizügigkeit sind die Treiber des ungebremsten Bevölkerungswachstums. Pro Jahr wächst die Schweiz um rund 1%. Auch Schaffhausen profitiert von diesem landesweiten Trend und wächst, wenn auch unterdurchschnittlich und etwa halb so schnell wie der Schweizer Durchschnitt.“

Es bewegt sich etwas im Bereich der Bevölkerungsentwicklung. Und immer, wenn sich etwas bewegt, kann die Politik auch gut Einfluss nehmen. Wir müssen an unserem Schiff die Segel hissen und die guten Windverhältnisse ausnutzen, statt einfach nur mit der allgemeinen Strömung mitzutreiben. Die Wachstumsfrage beschäftigt die Bevölkerung sehr stark. Viele sind grundsätzlich wachstumskritisch, vor allem ältere Menschen. Und ich finde, es ist auch legitim zu fragen, warum wir überhaupt wachsen müssen. Der Stadtrat hat bisher immer gesagt, wir sollen *qualitativ* wachsen. Qualitativ – aber was heisst dies genau? Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, was damit konkret gemeint ist?

- Für meine Fraktion bedeutet qualitatives Wachstum gute Steuerzahler und Leistungsträger unserer Gesellschaft anzulocken.
- Die FDP wünscht sich vielleicht ein Wachstum bei den Unternehmen.
- Die CVP setzt wahrscheinlich eher auf familienfreundliche Rahmenbedingungen, damit mehr Familien nach Schaffhausen kommen.
- Die OeBS könnte sich wahrscheinlich über Zuwanderer freuen, die den umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr benutzen und in gut isolierten Häusern wohnen.
- Für die AL steht sicher das Baurecht im Vordergrund.
- Die SP würde bestimmt eher auf soziales Wohnen und Wohngenossenschaften setzen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Sie sehen, das Wörtchen *qualitativ* kann ziemlich vielseitig interpretiert werden. Es ist offensichtlich, dass wir eine klarere Erklärung für den Begriff *qualitatives Wachstum* brauchen. Es braucht eine parteiübergreifend getragene und gleichzeitig schlüssige Strategie für die Entwicklung unserer Stadt, und genau dies verlangt dieser Vorstoss.

Ich bin mir bewusst, dass die Strategie, die uns der Stadtrat unterbreitet, die Anliegen aller Parteien berücksichtigen muss, wenn wir einen Konsens wollen. Die Strategie wird also kaum den Idealvorstellungen meiner Partei entsprechen. Das

Gleiche gilt aber auch für alle anderen Parteien. Trotzdem bin ich überzeugt, dass es für unsere Stadt besser ist, eine solche Strategie als gar keine zu haben. Wichtig ist mir auch, dass wir die Wachstumsdiskussion nicht nur auf der Basis von Bauchgefühlen, sondern vielmehr gestützt auf Fakten führen. Deshalb verlangt der Vorstoss, dass die Strategie mit Kennzahlen untermauert wird.

Ich hoffe, dass dieser Vorstoss einen Beitrag zur Versachlichung der Wachstumsdiskussion leisten kann, und wir schon bald eine parteiübergreifend getragene Strategie haben werden.

SVP/EDU-Fraktionserklärung: Meine Fraktion stimmt dem Vorstoss einstimmig zu. “

SR Thomas Feurer

Stellungnahme Stadtpräsident

”Besten Dank an Daniel Preisig für seine Begründung. Wahrscheinlich ist der Postulant auf dem richtigen Segelschiff angekommen. Als Segler kann ich Ihnen allen mitteilen, dass es das Beste ist, wenn man nicht die Segel wählt, die für einen ganz bestimmten Wind besonders gut sind, sondern diejenigen, die auch Stürmen trotzen können. Das ist der Weg, den wir gehen möchten.

Der Stadtrat dankt dem Postulanten und den Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern für den Vorstoss und die ausführliche Begründung ihres Anliegens. Es ist in der Tat so, dass das Thema Wachstum äusserst kontrovers diskutiert wird, und positive und negative Aspekte einer forcierten Entwicklung je nach Standpunkt sehr unterschiedlich interpretiert werden. Der Stadtrat anerkennt, dass im Postulat aufgezeichnete Lücken in der Bereitstellung und Fortschreibung von gesicherten Kennzahlen geeignet sein können, Unsicherheiten in Bezug auf wachstumsrelevante Themen zu verstärken. Der Stadtrat ist deshalb bereit, das Postulat entgegenzunehmen und dem Grossen Stadtrat innert nützlicher Frist einen Bericht und Antrag zur Verbesserung der Berichterstattung über die Ergebnisse unserer Strategie vorzulegen.

Der Stadtrat weist darauf hin, dass er mit seinen Legislaturzielen über eine gute Basis zur Zieldefinition und über ein griffiges Führungsinstrument verfügt. Auch die Berichte über die Zwischenergebnisse sind präziser als reine Bauchgefühle, aber vielleicht gerade in ihrer Breite (als Beispiel könnte das Stichwort aus der schriftlichen Postulatsbegründung: ... *vom operativen Geschäft geprägte Legislaturziele* ... in diesem Zusammenhang erwähnt werden) zu wenig griffig und kommunizierbar. Wir schlagen deshalb vor, dass wir eine Standortanalyse vornehmen und, wie gefordert, mindestens fünf relevante Bereiche und die dazu gehörigen Kennzahlen evaluieren und definieren, die die Entwicklung der Stadt für die Öffentlichkeit noch besser mess-, steuer- und kommunizierbar machen. Wir werden uns bemühen, dabei Zahlen zu berücksichtigen, die uns mit anderen Regionen vergleichbar machen und dadurch Rückschlüsse auf den Erfolg von Strategien und Massnahmen zulassen. Gleichzeitig muss es gelingen, die nötigen Daten aus den bestehenden Records und ohne aufwendige zusätzliche Bürokratie zu erheben.

Gerne nutzen wir die Gelegenheit, einige zusätzliche Eckdaten zur Strategie und zu den vom Stadtrat anvisierten Zielen zu erläutern. Unter *qualitativem* Wachstum verstehen wir nämlich sehr wohl etwas Konkretes, das vielfach erläutert wurde und immer ein Leitstrahl bleiben muss:

Qualität heisst für uns,

- dass die Bevölkerung in ihrer ganzen Breite von unseren Angeboten profitieren soll,
- dass sie ebenfalls in der ganzen Breite zunehmen soll und nicht nur bestimmte Einkommenskategorien gemeint sind,
- dass die Belastungen und Aufwendungen für allfällig zusätzliche Infrastruktur (Schulen, Kanalisation, Strassen, ÖV) überschaubar und finanzierbar bleiben müssen,
- dass der Markt weiterhin auch Wohnraum für junge Menschen und tiefere Einkommensschichten bereitstellen soll und wir Anbieter (Investoren und Wohnbaugenossenschaften) dabei unterstützen,
- dass Grünflächen und Erholungsräume trotz Verdichtung einen hohen Stellenwert behalten,
- dass wachstumsbedingte Verkehrsprobleme nicht zu einem Kollaps oder zu Nachteilen für schwächere Verkehrsteilnehmer führen,
- dass die Architektur energetisch sinnvoll und von anerkannter Qualität ist,
- dass weiterhin ein breites und gutes Bildungsangebot sowie genügend Betreuungsangebote zur Verfügung stehen,
- dass unser vielfältiges, lebendiges und anspruchsvolles Kulturangebot erhalten bleibt und
- dass unsere historische Bausubstanz und die Naturräume auch unter den neuen Prämissen gepflegt werden.

Damit ist klar, dass dem Stadtrat die ganze Breite unserer Bevölkerung am Herzen liegt, und er auch bei den anvisierten Zuzügerinnen und Zuzügerern das ganze Spektrum willkommen heissen möchte. Ausserdem will der Stadtrat die Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung nicht aus den Augen verlieren und keine Verlierer produzieren. Er beurteilt deshalb das vor allem auf hohe Einkommensschichten ausgerichtete, expansive Wachstum in den Agglomerationen Zürich, Zug oder am Genfersee skeptisch und taxiert die mit dem Kanton angestrebten 0.5 bis 1% pro Jahr als angemessen und gut steuerbar. Immerhin haben wir in den letzten fünf Jahren regelmässig Wachstumsraten in der erhofften Bandbreite erzielt, was sich auch in entsprechend erhöhten Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen ausdrückt. Die Rückmeldung dieser neuen Einwohner sind positiv, sie fühlen sich wohl und schätzen die offensichtlichen Qualitäten unserer Quartiere, unserer Stadt und unserer Region. Auf diesen kontinuierlichen Weg bauen wir und sind überzeugt, dass wir mit diesem sorgfältigen Mittelkurs auch in weniger dynamischen oder stürmischen Zeiten auf der sichereren und richtigen Seite sein werden. “

Urs Fürer (SP)

SP/Juso-Fraktionserklärung

”Daniel Preisig verlangt vom Stadtrat einen Bericht zur Entwicklungsstrategie der Stadt Schaffhausen. Wir haben in unserer Fraktion das Thema diskutiert, und es stellen sich diverse Fragen: Soll die Stadt wirklich wachsen und wenn ja, wie? Wie können wir auf dieses allfällige Wachstum steuernd einwirken? Die Mehrheit der SP/Juso-Fraktion wird dem Postulat von Daniel Preisig zustimmen und die Diskussion gerne führen. Wir möchten das Thema nicht der Wirtschaftsförderung überlassen, welche mit fragwürdigen Anreizen zwar Wachstum herbeiruft, das nur von kurzfristiger Dauer sein wird und vor allem die Statistiken der Wirtschaftsförderung gut aussehen lässt.

Die SP/Juso-Fraktion stimmt dem Postulat zu. “

Leonardo Pivetta (AL)

AL-Fraktionserklärung

”Unter Art. 2 unserer Stadtverfassung, beim Stichwort Ziele, ist folgendes zu lesen: Ich zitiere (Absatz 1) wie folgt:

In Verantwortung für die heutigen und zukünftigen Generationen ist die Stadt einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung verpflichtet.

Absatz 2 d) lautet wie folgt:

Im Rahmen ihrer rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten.... bietet sie attraktive Rahmenbedingungen zum Wohnen, Arbeiten und für die Freizeit.

Der Grund für die Zitate aus der Verfassung ist ganz einfach: Obwohl das Postulat von Daniel Preisig in erster Linie die Bereitstellung von Kennzahlen durch die Stadtregierung verlangt, ist es mir und der AL-Fraktion ein grosses Anliegen, dass es um Wachstum und Entwicklungsstrategie geht, und die soeben erwähnten Absätze nicht ausser Acht gelassen werden.

Ich komme nun auf das Postulat von Daniel Preisig zu sprechen: Am Schluss seines Postulats meint er, dass es Zeit sei, uns klar darüber zu werden, wohin wir unser Schiff betreffend Wachstum steuern sollen. Dieser Meinung ist auch die AL-Fraktion. Jedem von uns ist klar, dass jeder Kapitän und jede Schiffsbesatzung wissen müssen, wohin die Reise geht und auf welchem Weg und mit welcher Geschwindigkeit das Ziel erreicht werden soll. Dazu sollten sie die richtigen Instrumente haben, um sicherzustellen, dass das Schiff auf Kurs bleibt. Die Besatzung, damit meine ich das Parlament und die Bevölkerung der Stadt Schaffhausen, verlangt nun diesbezüglich Klarheit seitens ihres Kapitäns, sprich ihres Stadtrates.

Genau dies fordert Daniel Preisig mit seinem Postulat von unserem Stadtrat. Er soll dem Parlament einen Bericht zur Entwicklungsstrategie unserer Stadt unterbreiten und darüber hinaus fünf relevante Kennzahlen vorschlagen, die die Ausgangslage, die Wirkung der Massnahmen und schlussendlich den Erfolg der eingeleiteten Strategie aufzeigen und diese verfolgen. Ich verweise an dieser Stelle nochmals auf unsere Stadtverfassung und hätte mir nebst Hardfacts (Kennzahlen) auch Softfacts (Stichwort: nachhaltiges Wachstum) als Messkriterien gewünscht.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch ein paar Worte zum Thema Wachstum: Von unserer Exekutive ist zu hören, man strebe ein qualitatives Wachstum an. Was genau darunter zu verstehen sei, wird vom Verfasser des Postulats gefragt. Eine äusserst interessante Frage, lieber Daniel Preisig. Ich hätte aber noch zusätzlich die Frage gestellt - und erlauben Sie mir als Alternativen diese Frage - warum es denn überhaupt Wachstum braucht? Ist dieses so unentbehrlich? Und wenn ja, warum? Macht uns der Status quo wirklich so unglücklich? Damit möchte ich nicht sagen, dass die AL grundsätzlich gegen Wachstum ist; dessen Entwicklung wird sie aber stets mit einem kritischen Auge verfolgen. Denn der AL ist es wichtig, dass am Schluss möglichst die ganze Bevölkerung Nutzniesser dieser Entwicklung sein wird, und dafür wird sie sich mit allen demokratischen Mitteln einsetzen.

Die AL-Fraktion unterstützt auf jeden Fall das Postulat und hofft, dass dieses auch eine Mehrheit im Rat finden wird. “

Diego Faccani (FDP)**FDP/JFSH-Fraktionserklärung**

„Die FDP/JFSH-Fraktion wird dieses Postulat unterstützen; es ist richtig und auch wichtig, dass über die Art des Wachstums unserer Stadt offen und sachlich diskutiert wird. Es ist egal, in welche Richtung das Schiff gesteuert wird, aber es muss gesteuert werden. Der Stadtpräsident hat mir bereits einiges vorweg genommen, auf das ich nicht mehr zurückkommen möchte. Es wurden schon genügend lange Voten gehalten. Aber vermutlich ist es schon so, dass man es kaum jedem recht machen kann. Qualität kann man nicht in einer grossen Bandbreite suchen, man muss sich auf etwas fokussieren können. Damit sachlich über ein Thema gesprochen werden kann, muss jede Frau/jeder Mann vom Gleichen sprechen. Dafür braucht es eben diese faktenbasierte Entwicklungsstrategie. Es erscheint zwar schön, wenn man auf sein Bauchgefühl hören will. Schmetterlinge im Bauch haben aber schon manchen Mann in die Irre geführt. Wir haben das Resultat von unkontrolliertem Wachstum bereits vor unserer eigenen Haustüre, die "Gwaggen" schreien es von den Dächern. Ein solcher Wildwuchs führt dorthin, wo man sicher nicht möchte - dies wurde auch schon gesagt. Es verursacht höchstens Kosten. Zudem nimmt eine klare Strategie den Leuten auch die Angst vor Veränderungen in ihrer gewohnten Umgebung. Eine klare Strategie schafft klare Rahmenbedingungen, die Investoren anzieht - dies hört vielleicht die AL nicht so gerne - und hilft dem Gewerbe, es schafft zudem auch Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft. Kein Wachstum bedeutet Stagnation, was den Tod eines jeden Geschäfts bedeutet, und hier spreche ich als Gewerbetreibender. Man muss kleine Schritte machen, aber vorwärts gehen und nicht stehen bleiben. Nur mit Visionen, die es ohne Zweifel auch braucht, wird unsere Stadt keinen Schritt weiterkommen. Deshalb unterstützt unsere Fraktion das Postulat einstimmig.“

Iren Eichenberger (OeBS)**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

„Was ist qualitatives Wachstum, fragt Daniel Preisig und gibt sich die Antwort mit seinem Vorstoss gleich selbst. Wenn ein unentwegter Kämpfer für Steuersenkungen, Sparpolitik und Liberalismus des Nachtlebens diese Frage stellt, ist das Brain increasement, wie es vermutlich im Latein der Wirtschaftsstrategen heisst. Lateinisch ist eben sehr schwer.“

Vor 50 Jahren, als der Grosse Stadtrat noch gross war und zu den Terminen eine Sitzung stattfand, hätte diese Frage wohl niemand verstanden. Es genügte, Turnhallen, Feuerwehrhäuschen, Strassen und Parkplätze zu errichten. Wohin dies führt, hat niemand gefragt. Dann haben in den 70-er Jahren der Club of Rome, und seither viele andere, belegt, dass Wachstum Grenzen hat und damit einen unsinnigen ideologischen Streit ausgelöst - als ob Linke und Rechte verschiedene Welten zum aufbrauchen hätten. Bis einer eine schlaue Idee ins Spiel brachte, die dritte Dimension, das qualitative Wachstum. Das gefiel auch den Linken, und seither sind wir am Hirnen, was damit gemeint ist. Man kann dabei leicht in die Falle tappen; nämlich dann, wenn wir das qualitative Wachstum mit den Messgrössen des materiellen Fortschritts messen wollen. Klar aber ist, dass qualitatives Wachstum in eine Zukunft führen muss, die sowohl die Klimaziele von Kyoto und Seoul erreicht, als auch die Energiewende in eine atomfreie Gesellschaft. Dies darf aber nicht soviel kosten, wie wir bisher für technologischen Fortschritt ausgaben, weil massive soziale Aufgaben und die Bewältigung von Altlasten auf uns zukommen, von globalen Ausgleichsproblemen nicht zu reden.

Wo sind brauchbare Ideen und Strategien? Die Grünen beispielsweise fordern eine grüne neue Wirtschaft, die in Kreisläufen funktioniert, nicht primär Gütervermehrung, aber trotzdem Mehrwert schafft. Dazu haben sie eine nationale Initiative deponiert.

Das ist aber nur ein Ansatz. Es braucht viele Impulse, auch jene der Wirtschaftsgiganten, der Städteplaner, der Ausbilder, der Finanzexperten, unseres scharfen Architektur-forums scharf zum Beispiel und anderer cleverer Denker. Mit anderen Worten: Die Frage ist gut, aber wir dürfen nicht in die Falle tappen und vorschnell das Metermass und die Buchhaltung vom letzten Jahr zur Vergleichsrechnung hervorholen. Darum gefällt mir persönlich der erste einführende Teil des Postulats viel besser als die eigentliche Forderung. Wir müssen Neues erfinden, einfache, aber raffinierte Ideen aufgreifen und weiterdenken. Deren Prüfung und Entwicklung erfordert andere, neue Grundlagen und Verhaltensdaten als Steuergrössen und Minuten im Zug zum Arbeitsort.

Wir müssen endlich den fiskalen Bodymassindex über Bord werfen, sonst kommen wir keinen Zentimeter weiter. Ich will hier nicht den Wullschleger schlagen und den Preisig preisen. Aber wenn der Stadtrat das Postulat in erweitertem Sinn um eine erste, kreative und impulsgebende Phase erweitert und damit Ideen, aber auch Grenzsignale vieler Seiten einholt, ist der Vorstoss eine Chance, grundlegender als die mühsam dahin modernde Motion Wullschleger.

Lieber Daniel Preisig, damit Du mich in Deinen Worten verstehst: Ich wünsche mir zuerst den Dialog; aber wir sind ja keine Maybes. Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion hat sich zusammengerauft, wir stimmen dem Postulat zu. “

SR Thomas Feurer

Stellungnahme Stadtpräsident

”Das Thema Wachstum in Schaffhausen ist im Verlauf des heutigen Abends immer wieder erwähnt worden. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass die Stadt Schaffhausen schon viel grösser war; wir hatten einmal 38'000 Einwohner, und jetzt, nach der Eingemeindung von Hemmental, haben wir 35'500. Wir sprechen eigentlich gar nicht von Wachstum, auch wenn wir wissen, dass die Leute heute sehr viel mehr Wohnraum beanspruchen. Dieses Thema hat auch etwas mit der Balance zu tun, die uns bei der demographischen Fragestellung beschäftigt. Deshalb benötigen wir einen breit abgestützten Konsens, weil gerade die älteren Leute darauf angewiesen sind, dass sich auf der anderen Seite der Skala etwas bewegt. “

Daniel Preisig

Schlusswort

”Herzlichen Dank für die aus meiner Sicht gute und konstruktive Diskussion. Ich bin mir absolut bewusst, dass die Diskussionen nach dem Vorliegen des Berichts viel kontroverser geführt werden; aber wir dürfen die Diskussion nicht scheuen.

- Zu Stadtpräsident Thomas Feurer: Selbstverständlich bin ich mit dem Stadtrat einig, dass der Aufwand für die Erhebung von Kennzahlen nicht uferlos sein darf. Aber der Vorstoss lässt frei, welche Kennzahlen gewählt werden. Ich bin sicher, dass der Stadtrat die richtige Wahl trifft. Die Herausforderung der Kommunikation hat er ebenfalls im Griff, darin ist er wirklich gut. Was es noch braucht, ist die schlüssige Strategie dahinter, das heisst, das Produkt, das wir verkaufen wollen; nicht nur die Verkaufsabteilung muss gut sein. Hier könnten wir mit Hilfe des Vorstosses noch einen Schritt vorwärts machen.
- Zu Urs Fürer, der gesagt hat, wir sollten dieses Thema nicht der Wirtschaftsförderung überlassen: Diese Meinung teile ich. Ich bin froh, dass die Politik - und nicht die Berater - dieses Thema in der Stadt aufnimmt und im Parlament darüber diskutiert wird.

- Zu Leonardo Pivetta und teilweise auch zu Iren Eichenberger: Bezüglich Kennzahlen gibt es wahrscheinlich ein Missverständnis. Ich meine damit nicht nur die Kennzahlen, welche die Steuerkraft messen. Man kann mit Kennzahlen auch weiche Faktoren messen; diese sind vielleicht nicht sehr gut messbar, aber es ist durchaus möglich. Der Stadtrat soll ein ausgewogenes Set an Kennzahlen je nach gewählter Strategie zusammenstellen, welche diese dann auch entsprechend illustriert.
- Zu Diego Faccani: Die genannte Fokussierung birgt eine gewisse Gefahr, die ich erkannt habe. Ich möchte an dieser Stelle dem Stadtrat mitgeben, dass wir uns vielleicht auf diejenigen Themen fokussieren, in denen wir stark sind oder sein können, anstatt auf die eierlegende Wollmilchsau zu setzen. Die Leute müssen verstehen, dass es *allen* gut geht, wenn wir wichtige Entwicklungsstrategien festlegen und uns darauf fokussieren. Ich bin sicher, dass der Stadtrat eine optimale Kommunikationsform finden wird.

Somit bin ich am Ende meines Schlusswortes. Um die Aussage von Iren Eichenberger aufzunehmen, hoffe ich, dass wir dann aufhören können mit Hirnen, was qualitatives Wachstum ist. “

SCHLUSSABSTIMMUNG

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat mit 30 : 0 Stimmen überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNGEN

Die nächste Ratssitzung am 4. Juni wird nicht durchgeführt. Am 18. Juni 2013 wird eine Doppelsitzung, mit Beginn 16 Uhr, stattfinden.

Anmerkung der Ratssekretärin: Am 18. Juni 2013 findet keine Doppelsitzung statt, sondern eine einzelne, mit Beginn 18 Uhr.

Information von SR Dr. Raphaël Rohner:

Der Termin der Steuerungsgruppe Wohnraumentwicklung vom 29. Mai 2013 wird annulliert

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:42 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring